

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die Zukunft Deutschlands und die Interessen eines dauerhaften Friedens	1
O. KUUSINEN — Die Außenpolitik Finnlands auf neuen Wegen . . .	3
M. RUBINSTEIN — Die Militarisierung der Wissenschaft in den USA .	9
M. MARKOW — Die Politik der USA im Fernen Osten	13
Internationale Umschau (Notizen)	17
P. TROJANOWSKI — In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Reisenotizen)	21
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	24
KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE	
B. RODOW — Die Memoiren Nomuras	28
Chronik der internationalen Ereignisse	31

15

11. April 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter W. Beresin

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Die Zukunft Deutschlands und die Interessen eines dauerhaften Friedens

DAS gegenwärtig vom Außenministerrat in Moskau erörterte deutsche Problem steht nach wie vor im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Will man den Knäuel entwirren, den die zahlreichen Aspekte dieses Problems miteinander bilden, so muß man jene prinzipielle Methode finden, die notwendig ist, um es einer positiven Lösung entgegenzuführen. Ein solcher Ariadnefaden, der hilft, sich durch dieses Labyrinth der deutschen Angelegenheiten hindurchzufinden, sind die Interessen eines dauerhaften Friedens.

Die Völker aller Länder haben ein Lebensinteresse an einem Frieden, der lange andauert und fest gefügt ist. Die historischen Erfahrungen lehren, daß nur eine auf demokratischen Prinzipien beruhende Nachkriegsgestaltung von Dauer sein kann. Das Versailler System vermochte Europa deshalb keinen lange dauernden Frieden zu sichern, weil es auf Prinzipien beruhte, die denen des Demokratismus direkt entgegengesetzt waren. In unserer Zeit muß jeder konsequente Anhänger eines festgefügtten Friedens auch Vorkämpfer demokratischer Prinzipien in den internationalen Beziehungen sein. Auf das deutsche Problem angewandt aber bedeutet das vor allem die wirksame Beseitigung aller derjenigen Kräfte und Bedingungen, die zu einer Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus führen könnten.

Diesem Ziel soll auch die längere Besetzung Deutschlands durch die Verbündeten dienen, die schon während des Krieges von den Großmächten einmütig beschlossen worden ist. Diese Besetzung ist notwendig für die erfolgreiche Bewältigung so grundlegender Aufgaben wie die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, die Vernichtung seines militärischen Potentials und die Überführung seiner Wirtschaft auf die Bahnen friedlicher Entwicklung.

Der demokratische Nachkriegsaufbau ist undenkbar ohne die praktische Bekräftigung des höchst wichtigen Prinzips, das die Verbündeten während des Krieges proklamiert haben, nämlich

daß eine Aggression gegen friedliebende Völker nicht ungestraft bleiben kann. Es handelt sich natürlich nicht darum, diese Wahrheit in Worten anzuerkennen, sondern darum, sie in die Tat umzusetzen. Geht man von diesem Standpunkt aus an das Problem der deutschen Reparationen heran, so erkennt man, wie außerordentlich wichtig es ist, die Beschlüsse zu verwirklichen, die in dieser Hinsicht von den Führern der drei verbündeten Mächte auf den Konferenzen in der Krim und in Berlin gefaßt worden sind. Eine genaue Erfüllung dieser Beschlüsse entspricht nicht nur dem Prinzip der Unverletzlichkeit internationaler Abkommen sowie den absolut gerechten Forderungen der Sowjetunion und der anderen Länder, die durch den räuberischen Überfall Hitlerdeutschlands so schwere Verluste erlitten haben, sie ergibt sich auch gebieterisch aus den Interessen eines festgefügtten und lange währenden Friedens, also aus den Interessen aller friedliebenden Völker.

Wenn in den internationalen Beziehungen die Prinzipien des Demokratismus obwalten, dann ist es ausgeschlossen, daß den Völkern in Fragen ihres inneren politischen Lebens ein fremder Wille aufgezwungen wird. Die zahlreichen Projekte, die gegenwärtig in Umlauf sind und die Zerstückelung und Zersplitterung Deutschlands bezwecken, sind von diesen Prinzipien weit entfernt.

Diese Projekte stammen von den einflußreichen amerikanischen und englischen Monopolistenkreisen her, die Deutschland, ja ganz Europa vorwiegend als ein Objekt ihrer ökonomischen und politischen Expansion betrachten. Die Logik der eigennützigen Monopolherren ist begreiflich. Sie sind nicht ohne Grund der Auffassung, daß es für sie leichter wäre, sich der Teile eines zersplitterten Deutschlands zu bemächtigen, wenn seine demokratischen Kräfte zersplittert sind, als eines demokratischen deutschen Einheitsstaates, der danach strebt, in der internationalen Arena seine unabhängige und selbständige Existenz zu behaupten. Man muß jedoch auch begreifen, daß die erstgenannte Lösung des deutschen Problems

die gefährlichsten Folgen für den europäischen Frieden zeitigen könnte. Drängt man nämlich dem deutschen Volk in Fragen seines inneren politischen Lebens einen fremden Willen auf, so muß das unvermeidlich die Positionen der reaktionären Revanchistenkreise stärken, was die Gefahr einer neuen deutschen Aggression heraufbeschwören würde.

Ist es nicht kennzeichnend, daß die slawischen Länder, die unmittelbare Nachbarn Deutschlands sind und jahrhundertlang mehr als irgendwelche anderen Völker unter dem räuberischen deutschen „Angriff gen Osten“ zu leiden hatten, es nicht für angebracht halten, die auf eine Zerstückelung Deutschlands ohne und gegen den Willen seiner Bevölkerung gerichteten Projekte zu unterstützen? Ist es etwa nicht klar, daß es den Menschen in Prag, Warschau und Belgrad, gar nicht zu reden von denen in Moskau, Kiew und Minsk, nicht weniger um die Abwendung einer neuen deutschen Aggression zu tun ist als bestimmten Kreisen der New Yorker Wall Street und der Londoner City?

Nicht die Zersplitterung Deutschlands, sondern seine entschlossene Demokratisierung ist ein zuverlässiger Weg zur Verankerung des Sieges über den Faschismus. Dies setzt nicht nur ernstliche Denazifizierungsmaßnahmen voraus, die in der Ausrottung des Einflusses des Hitlerfaschismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens Deutschlands bestehen müssen, sondern auch die Vernichtung der sozialen und ökonomischen Basis der deutschen Aggression in Gestalt des junkerlichen Großgrundbesitzes und der monopolistischen Polypen der Schwerindustrie und der Kriegsindustrie des Ruhrgebiets. Keinerlei scholastische Tüfteleien über die Relativität der Grenze zwischen Kriegs- und Friedensindustrie können die Tatsache vertuschen, daß das Ruhrgebiet die Schmiede der deutschen Waffen war, die in zwei Weltkriegen so viele Menschenleben dahingerafft haben. Die Junkergüter nicht nur in Ostelbien, sondern auch in West- und Süddeutschland aber waren die Räuberhöhlen, wo Organisationen vom Typus der Schwarzen Reichswehr schon lange vor der Aufrichtung des faschistischen Regimes die Offizierskader der Hitlerarmee ausbildeten. In der sowjetischen Besatzungszone sind diese Räubernester ausgehoben. Ganz anders aber steht die Sache in den übrigen Zonen.

Voraussetzung für die Demokratisierung Deutschlands ist nicht nur die Entwurzelung des Faschismus, sondern auch die Schaffung wirklich günstiger Bedingungen für die Entwicklung der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes. Auch in dieser Beziehung muß die Lage in den

Westzonen ernste Befürchtungen erwecken. Sind etwa mit den Zielen der Demokratisierung Deutschlands die zahlreichen Hindernisse vereinbar, die die dortigen Besatzungsbehörden einer Entfaltung der Tätigkeit der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der anderen antifaschistischen Massenorganisationen in den Weg legen? Sind mit diesen Zielen etwa die undemokratischen Wahlgesetze vereinbar, die z. B. in der britischen Zone existieren, wo das Fehlen eines Proportionalwahlsystems eine verzerrte Vorstellung vom wirklichen Willen der Bevölkerung vermittelt? Ist es nicht verwunderlich, daß die englischen Behörden, die den repräsentativen Charakter jedes beliebigen Parlaments in den verbündeten osteuropäischen Ländern mit fortschrittlich demokratischem Regime so leicht in Zweifel ziehen, sich den elementaren Forderungen des Proportionalitätsprinzips bei den Wahlen in der britischen Besatzungszone Deutschlands hartnäckig widersetzen? Ist es zulässig, die grundlegenden Prinzipien des demokratischen Staatsaufbaus der zeitweiligen und konjunkturbedingten Erwägung zum Opfer zu bringen, wie den Anhängern einer bestimmten Orientierung, die sich Londons Willen bereitwillig fügen, die Mehrheit gesichert werden kann?

Von wesentlicher Bedeutung für die Sache eines dauerhaften Friedens ist die Anwendung demokratischer Grundsätze bei der Einrichtung des künftigen Konsultativrats, der berufen sein wird, das erste Vertretungsorgan Deutschlands nach dem Kriege zu werden. In dieser Frage erweisen diejenigen, die gegen die Beteiligung der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der andern antifaschistischen Massenorganisationen an dieser Körperschaft Einwendungen erheben, der Sache der künftigen friedlichen Entwicklung Deutschlands einen Bärendienst. Denn in einem Lande, das erst vor kurzem vom faschistischen Regime frei geworden ist, ist es außerordentlich wichtig, alle und jegliche Ansätze einer demokratischen Selbsttätigkeit der Massen zu fördern, insbesondere die breiten demokratischen Organisationen, die die sich vielfach zu keiner der politischen Parteien rechnenden antifaschistischen Bevölkerungskreise vereinigen.

Die Logik ist offensichtlich nicht auf der Seite der amerikanischen, der englischen und der französischen Delegation im Außenministerrat, wenn diese in Worten die Notwendigkeit anerkennen, Deutschland in einen demokratischen Staat zu verwandeln, worin alle Macht vom Volke ausgehen soll, in der Praxis aber sich der Durchführung einer Volksabstimmung über den Charakter des deutschen Staats widersetzen. Der

Sowjetvorschlag, eine solche Volksabstimmung unter der Kontrolle der vier Besatzungsmächte durchzuführen, will dazu beitragen, die Meinung des deutschen Volkes in einer wichtigen Streitfrage zu erfahren. Dieser Vorschlag geht davon aus, daß die Verbündeten nicht den Weg der Ignorierung des deutschen Volkes beschreiten dürfen, wenn sie mit ihm eine gemeinsame Sprache finden wollen, um ein demokratisches und friedliches Deutschland zu schaffen.

Die Sowjetunion, die schon während des Krieges als entschlossener Vorkämpfer der Prinzipien des Demokratismus bei der Lösung der Nachkriegsprobleme auftrat, führt einen konsequenten Kampf für einen demokratischen, festgefügt und gerechten Frieden. Diese segensreichen Prinzipien haben die Vertreter der Sowjetunion bei der Ausarbeitung der Friedensverträge mit Deutschlands früheren Verbündeten in Europa in allen Etappen verfochten. Diese gleichen Prinzipien verteidigen sie auch bei der Erörte-

rung der deutschen und österreichischen Angelegenheiten.

Das wichtigste Unterpfand für eine den Interessen eines dauerhaften Friedens entsprechende konstruktive Lösung des deutschen Problems ist die unentwegte Beobachtung des Prinzips gemeinsamer Politik der Verbündeten gegenüber Deutschland. Diejenigen Elemente, die diese gemeinsame Politik obstruieren, diejenigen Kreise, die danach streben, um jeden Preis eine Angleichung und Koordinierung der bei den Verbündeten herrschenden Auffassungen über diesen oder jenen Aspekt des deutschen Problems unmöglich zu machen, arbeiten — gewollt oder ungewollt — den Feinden eines dauerhaften Friedens in die Hände. Denn die Interessen eines dauerhaften Friedens erheischen sowohl die exakte Durchführung der von den Verbündeten bereits gefaßten Beschlüsse als auch eine koordinierte Politik in Fragen, die noch ihrer Lösung harren.

Die Außenpolitik Finnlands auf neuen Wegen*

O. KUUSINEN

MAN weiß, daß die Außenpolitik Finnlands die alten, chauvinistischen Positionen aufgibt. Die finnische Regierung führt jetzt eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit der Sowjetunion durch. Man weiß auch, daß der Friedensvertrag mit Finnland bereits unterzeichnet ist und bald ratifiziert werden soll. Aber gerade deshalb hat die Sowjetöffentlichkeit ein lebhaftes Interesse an der Frage, wie fest die Unterstützung ist, die die neue Orientierung der Außenpolitik Finnlands in breiten Schichten des finnischen Volkes findet, und welche Rolle im Lande heute noch diejenigen Kreise spielen, die auch weiter im Grunde Anhänger des alten Kurses der gegen die Freundschaft und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gerichteten finnischen Politik sind.

Wer sich in dieser Frage zurechtfinden will, der muß berücksichtigen, daß seit Abschluß des Waffenstillstands in verschiedenen Schichten des

finnischen Volkes eine großzügige Revision der alten Anschauungen auf dem Gebiet der Außenpolitik im Gange ist. Dieser Prozeß widerspiegelt sich recht klar in den Stimmungen und Ausführungen, mit denen verschiedene politische Kreise Finnlands im Februar d. J. die Unterzeichnung des Friedensvertrages aufgenommen haben.

1. Das Verhalten zum Friedensvertrag

Sehen wir uns in erster Linie die Erklärungen der verantwortlichen offiziellen Vertreter Finnlands an.

Auf einem Essen zu Ehren A. A. Shdanows, des Vorsitzenden der Kontrollkommission der Verbündeten, hielt Präsident J. K. Paasikivi eine Rede, in der er erklärte, der Übergang vom Kriege zum Frieden sei in der Geschichte des finnischen Volkes „ein wahrer Schritt zur Gesundung“. Er führte weiter aus:

„Möge dieser Schritt in Richtung auf den Frieden und die Freundschaft zwischen unseren Staaten diesmal endgültig und völlig zielbewußt sein. Nach allem

* Teil eines Vortrags „Finnland auf dem Wege des Friedens und der Demokratie“, gehalten am 3. April 1947 in Moskau.

Erleben wird das arbeitsame Volk Finnlands eine Wiederholung der Fehler, die sich in der Geschichte der letzten Jahre als so verhängnisvoll erwiesen haben, nicht zulassen."

In einem Interview, das einem Korrespondenten des Zentralorgans der Gesellschaft „Finnland-UdSSR“ gewährt wurde, erklärte der Präsident:

„Wir müssen gutnachbarliche Beziehungen mit der Sowjetunion unterhalten und unsere Außenpolitik darf niemals wieder gegen die UdSSR ausgerichtet werden. Meine Politik besteht darin, daß das ganze finnische Volk zum Anhänger dieser außenpolitischen Linie werde... Bekommt irgend jemand in Zukunft Lust, über unser Territorium hinweg die Sowjetunion zu überfallen, so werden wir gemeinsam mit der Sowjetunion so standhaft und so lange gegen den Aggressor kämpfen, wie unsere Kraft reicht."

Nicht weniger bestimmte Erklärungen haben Ministerpräsident M. Pekkala, der zweite Außenminister R. K. Svento und der Innenminister Y. Leino abgegeben. Der Ministerpräsident erklärte in einer auf einem feierlichen Meeting am Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages gehaltenen Rede folgendes:

„Das finnische Volk, seine jetzige Generation, weiß, was der Krieg ist. Es wird ihn nicht vergessen und niemals wieder gegen die Sowjetunion in den Krieg ziehen... Der Friede bedeutet einen Umschwung, den man nicht ausschließlich von einem formalen Standpunkt aus betrachten darf... Eine wirkliche Freundschaft zwischen Finnland und der Sowjetunion und gegenseitiges Vertrauen müssen diesen Friedensvertrag ergänzen, ihm das Leben sichern und ihn beseelen."

In diesen unzweideutigen Erklärungen verantwortlicher Vertreter Finnlands kommt, wie aus dem Wortlaut zu ersehen ist, ein ernstes Streben zum Ausdruck auf Basis des Friedensvertrages eine Politik der Konsolidierung des Vertrauens und der Freundschaft mit der Sowjetunion durchzuführen. Die Sowjetöffentlichkeit wird das zweifellos mit aufrichtiger Befriedigung vermerken, zumal schon im vorigen Sommer ein gewisser Repräsentant der finnischen Delegation durch sein Auftreten auf der Pariser Friedenskonferenz den Eindruck hervorrief, daß es der Außenpolitik Finnlands im vorliegenden Fall nicht besonders zu tun ist um die Aufrechterhaltung des Vertrauens der Sowjetunion, eines Vertrauens, das für die Interessen Finnlands von so lebenswichtiger Bedeutung ist.

Die demokratische Öffentlichkeit Finnlands, die auch während der Pariser Konferenz alles getan hat, was sie konnte, um den Fehler der finnischen Delegation zu korrigieren, hat jetzt den endgültigen Abschluß des Friedens und die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Freuden begrüßt. In diesem Geiste hat sich die ganze Presse des

Demokratischen Bunds des finnischen Volkes, der Gewerkschaftsbewegung und der Gesellschaft „Finnland-UdSSR“ geäußert. Die Zeitung „Vapaa Sana“ betonte:

„Der Friedensvertrag ist seinen Bedingungen und Forderungen nach gerecht."

Es kann schwerlich einem Zweifei unterliegen, daß diese positiven Erklärungen die wirklichen Stimmungen der Mehrheit des finnischen Volkes zum Ausdruck bringen. Zahlreiche Massenversammlungen der Werktätigen haben das bestätigt.

Das Gesamtbild wäre jedoch einseitig und unrichtig, wollte man die Tatsache außer Augen lassen, daß die extrem rechten politischen Kreise Finnlands den Abschluß des Friedens ganz anders aufgenommen haben.

Die Zeitungen der Koalitionspartei versuchten, den Friedensvertrag als „Friedensdiktat“ und als ein „unerfreuliches Dokument“ zu verunglimpfen. Die Zeitung „Helsingin Sanomat“ schrieb murrend: „Ein schwerer und schlechter Friede“. Die Zeitung „Nyky aika“, das Organ der sogenannten „Fortschrittspartei“ (die mit wirklichem Fortschritt nichts gemein hat), schrieb zähnebleckend:

„Wir gehören nicht zu denjenigen, deren Meinung nach der Friede mit Zirkusvorstellungen, Volkstänzen und Feuerwerk gefeiert werden sollte..."

Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, „Suomen Sosialidemokraatti“, schließlich bezeichnete den Friedensvertrag als ungerecht und setzte ihn dem Gewaltfrieden von Versailles gleich.

In so düsteren Farben malen den Frieden die finnischen Unglückspolitikern, die als Erben des militärfaschistischen Regimes der Clique Ryti-Linkomies-Tanner auftreten. Die demokratische Presse Finnlands hat sehr treffend darauf hingewiesen, daß die Nörgler, die sich über die „Schwere“ und „Unerfreulichkeit“ des Friedens beklagen, die gleichen Maulhelden sind, die 1941 den Eintritt Finnlands in Hitlers Raubkrieg frohlockend begrüßt haben. Es ist begreiflich, daß diese Leute, denen das Hitlerabenteuer Beulen eingetragen hat, jetzt mit dem Friedensvertrag äußerst unzufrieden sind. Sie erwarteten ja eine große Belohnung für ihre Beteiligung an einem aggressiven Krieg, der demokratische Friedensvertrag aber hat für einen derartigen Krieg keine Belohnungen zu vergeben.

Wie können sie sich jetzt vor dem Volk rechtfertigen, wo die Massen immer wieder von den Schuldigen Reue verlangen: weshalb habt ihr uns gezwungen, zu leiden und Blut zu vergießen?

2. Wie die Kritiker des Friedensvertrages sich entlarven

Die Behauptungen der äußersten Rechten, daß die Friedensbestimmungen für Finnland hart sind, haben eine nicht uninteressante Vorgesichte. Ministerpräsident Pekkala hat diese Herren daran erinnert, daß sie selbst früher angenommen und versichert haben, die Sowjetunion werde Finnland viel schwerere Friedensbedingungen stellen. Hiervon redeten sie immer wieder im Jahre 1944, als sie gegen den Abschluß eines Waffenstillstands auftraten.

Erstens haben sie damals vorausgesagt, die Sowjetunion werde sich, wenn Finnland sich auf ein Friedensabkommen mit ihr einlasse, mit nicht weniger zufrieden geben, als mit der Besitzergreifung ganz Finnlands und der Vernichtung seiner Unabhängigkeit. Jetzt wissen alle, daß die Sowjetunion auf eigene Initiative auf den Einmarsch ihrer Truppen nach Finnland, auf die Besetzung Finnlands verzichtet und seine Unabhängigkeit restlos gewahrt hat. Im Friedensvertrag gibt es, wie auch Präsident Paasikivi betont hat, keinen einzigen Punkt, der der staatlichen Selbständigkeit und der freien Entwicklung des nationalen Lebens Finnlands widerspräche. Finnlands Territorium bleibt in den Grenzen von 1940 aufrechterhalten, mit Ausnahme relativ kleiner Gebiete im äußersten Norden des Landes.

Zweitens haben die finnischen Friedensgegner 1944 vorausgesagt, Finnland würden so schwere Reparationen auferlegt werden, daß sie unweigerlich zum Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft des Landes führen müßten. In Wirklichkeit jedoch hat sich herausgestellt, daß die Sowjetunion nur die Wiedergutmachung eines kleinen Teiles des von den finnischen Truppen angerichteten Schadens verlangt hat. Die finnischen Reparationen betragen weniger als 7 Prozent des Jahreswerts der Industrieproduktion des Landes. Für die Führung des Krieges hat Finnland alljährlich die zehnfache Summe ausgegeben. Die Tatsache nun, daß Finnland schon jetzt etwa den dritten Teil der gesamten Reparationssumme bezahlt hat, wobei es gleichzeitig seine Wirtschaftslage verbesserte, ist ein überzeugender Beweis dafür, daß die Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen in keiner Weise über den Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes hinausgeht. Wer das Gegenteil behauptet, der sagt kein Wort von der Schwere der Wiedergutmachung der Kriegsverluste, der Zinszahlungen, der Amortisation der inneren Kriegsanleihen usw., der Summen also, die der finnische Staat den Kapitalisten Finnlands zahlt, obgleich die Staatsausgaben für die Bestreitung aller „inneren Reparationen“

im laufenden Jahr z. B. viermal so groß sind wie die Reparationszahlungen an die Sowjetunion.

Hieraus wird klar, wie gemäßigt die Reparationsverpflichtungen sind, die der Friedensvertrag Finnland auferlegt hat. Eine andere Sache ist es, daß die Last aller Reparationen, der äußeren und der inneren, in Finnland selbst ungerecht verteilt ist. Sie liegt hauptsächlich auf den Schultern der werktätigen Bevölkerung und in viel geringerem Maße auf denen der Kapitalisten und Gutsbesitzer. Diese Ungerechtigkeit aber hängt natürlich nicht von der Sowjetunion ab.

Drittens haben die Advokaten des Regimes Ryti-Linkomies-Tanner 1944 vorausgesagt, das finnische Volk werde, wenn Finnland sich auf ein Friedensabkommen mit der Sowjetunion einlasse, in ein fremdländisches Joch geraten, das es aller demokratischen Freiheiten beraubt, und die Mehrheit der Bevölkerung werde aus Finnland vertrieben und nach entfernten Gegenden Sibiriens gebracht werden. Die Wirklichkeit hat die Albernheit auch dieser „Voraussicht“ entlarvt. Die Sowjetunion hat die Rechte und Freiheiten des finnischen Volkes nicht verletzt, mehr noch, sie hat durch die Bestimmungen des Waffenstillstands die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in Finnland wirksam gefördert. Die politischen Hauptbestimmungen des endgültigen Friedensvertrages — Artikel 6, 7 und 8 — bilden eine wahre Charte, die dem finnischen Volk das Recht auf demokratische Freiheiten garantiert.

Artikel 6 des Friedensvertrages z. B. lautet:

„Finnland verpflichtet sich, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um allen Personen, die der finnländischen Jurisdiktion unterstehen, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Möglichkeit zu sichern, sich der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten zu bedienen, einschließlich der Freiheit des Wortes, der Presse und der Druckschriften, des religiösen Kults, der politischen Überzeugungen und der öffentlichen Versammlungen.“

Gegen diesen wichtigen Punkt haben einige Advokaten der finnischen Reaktion heuchlerisch eingewandt, seine Aufnahme in den Friedensvertrag sei „unnötig und überflüssig“, da die Verfassung Finnlands die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes ohnehin garantiere. Jeder Mensch in Finnland weiß jedoch: erstens, daß der entsprechende Artikel der finnischen Verfassung einen beschränkteren Charakter trägt; zweitens, daß die reaktionären Machthaber Finnlands im Vierteljahrhundert lang gerade in dieser Beziehung die Verfassung wiederholt in grösster Weise verletzt haben. Deshalb leistet der Friedensvertrag durch die Schaffung einer bestimmten internationalen Garantie für die demokratischen Freiheiten der Volksmassen dem finnischen Volk einen außerordentlich wertvollen Dienst.

Somit haben die finnischen Gegner des Friedens, die Anhänger des Regimes Ryti-Tanner, mit allen ihren düsteren Voraussagen Fiasko gemacht. Der Friede, den Finnland erlangt hat, unterscheidet sich von ihren furchtbaren Weissagungen wie der Tag von der Nacht. Man könnte deshalb glauben, die Orakler, die sich verrechnet haben, würden jetzt nach den Gesetzen der normalen Logik als erste die sowjetischen Friedensbedingungen als außerordentlich nachsichtig und großherzig anerkennen. Es ist jedoch das Gegenteil eingetreten: gerade diese Leute stellen jetzt die Friedensbedingungen als furchtbar hart und schwer hin.

Wodurch erklärt sich diese Verrenkung der Logik? Die demokratische Zeitung „Vaasabladet“ fordert die gelehrten Psychologen Finnlands auf, den intellektuellen Komplex dieser seltsamen Politikaster eigens zu untersuchen. Wir haben natürlich nichts dagegen, daß Psychologen oder Psychiater sich mit diesem Problem befassen (das ist eine innere Angelegenheit Finnlands). Mir scheint jedoch, die vorliegende Anomalie ist im Grunde keine psychologische, sondern eine politische Erscheinung. Wären die finnischen Schmärer des Friedens einfach intellektuell defekte Subjekte, so könnte man den Versuch machen, ihnen wenigstens eine elementare Fähigkeit beizubringen, sich in einer Situation richtig zu orientieren. Sie aber wollen sich ja nicht richtig orientieren. Sie haben auch keine Ähnlichkeit mit harmlosen Nörglern, denen jede politische Tendenz fehlt. Nein, sie wollen richtig verstanden werden: sie sind keine Klageweiber, sondern Politiker, wenn auch unvernünftige Politiker, die einen böswilligen Kampf führen für eine bestimmte reaktionäre Plattform in der Außen- und Innenpolitik.

Die gegenwärtige außenpolitische Plattform dieser extrem rechten Clique wird bereits sichtbar. Kennzeichnend für sie ist gerade die Verunglimpfung des Friedensvertrages. Anstatt die bankrott gegangene chauvinistische Kriegspolitik der Clique Ryti-Linkomies-Tanner zu verurteilen, verurteilen die Führer des reaktionären Flügels der finnischen Bourgeoisie den von Finnland abgeschlossenen Frieden und Friedensvertrag. Diese Haltung gegenüber dem abgeschlossenen Friedensvertrag ist ausgesprochen darauf berechnet, ihrer jetzigen außenpolitischen Orientierung als Ausgangspunkt zu dienen.

Dabei sind sich die finnischen Reaktionäre selbstverständlich bewußt, daß in Wirklichkeit von einer Änderung des Friedensvertrages keine Rede sein kann. Sie sind genötigt, die objektive Notwendigkeit der Vertragserfüllung und die völlige Aussichtslosigkeit aller Revisionsforderun-

gen anzuerkennen. Welchen Sinn also kann in diesem Falle ihre böswillige Kampagne gegen den Friedensvertrag haben? Ist sie nicht einfach der unbedachte Ausfluß einer schlechten Stimmung? Nein! Diese Agitation verfolgt unverkennbar das Ziel, die Seele des Volkes mit einer neuen Dosis des alten, sowjetfeindlichen Chauvinismus zu vergiften.

Darin besteht die grundlegende politische Spekulation der finnischen Reaktionäre, die gegen den Friedensvertrag zu Felde ziehen.

3. Von der Aneignung der Lehren der Vergangenheit

Die rechten Extremisten in Finnland sind stark beunruhigt durch die im Lande rasch um sich greifende Säuberung der politischen Atmosphäre von der chauvinistischen Stickluft. Sie fürchten deshalb jede objektive Beleuchtung der Lehren der vergangenen, kriegslustigen Politik Finnlands. In denjenigen finnischen Zeitungen, die für Reaktionäre bestimmt sind, werden häufig alarmierende Anforderungen an die demokratischen Politiker des Landes laut: „Hört auf, in der Vergangenheit zu wühlen! Hört auf, Kriegsschuldige zu suchen!“

Besonders nervös haben die äußersten Rechten Finnlands auf die Rede des Ministerpräsidenten Pekkala reagiert, worin dieser auf die Lehren des Krieges und der Niederlage einging. Er zeigte, daß Finnlands Niederlage dem Wesen der Sache nach bereits entschieden war, als die regierenden Kreise des Landes „vor fast dreißig Jahren einen falschen außenpolitischen Weg einschlugen“. Die sowjetfeindliche Propaganda, die Jahrzehnte andauerte, trug dazu bei, daß die in Finnland herrschenden Vorstellungen von seinem großen östlichen Nachbar von Vorurteilen getrübt waren. Der Ministerpräsident erinnerte auch an den schädlichen Einfluß der faschistischen Lappobewegung und an die Verstärkung der prodeutschen Sympathien in Finnland während der Periode des Hitlerfaschismus, besonders in militärischen Kreisen. Er führte aus:

„Die weite Verbreitung der Unterschätzung der moralischen und materiellen Kräfte der Sowjetunion und die Schwarzmalerei hinsichtlich der dort herrschenden Verhältnisse nahmen in gewissen Kreisen phantastische Ausmaße an und erzeugten chauvinistische Gelüste. Diese großfinnischen Utopien, die darauf gerichtet waren, in einer günstigen Situation Ostkarelien zu erobern, nisteten sich beim größten Teil der Universitätsjugend ein und wurden von ihr im ganzen Lande verbreitet. Sie waren nahe verwandt mit dem Größenwahn der Nazisten und Faschisten und haben dann etwa zu dem gleichen kläglichen Ende geführt.“

Angesichts einer so ungesunden Atmosphäre, wie sie am Vorabend des zweiten Weltkrieges in Finnland herrschte, so erklärte Pekkala,

„war es keine sonderliche Überraschung, daß wir uns unter den ersten Völkern befanden, denen der Boden unter den Füßen entglitt“. „Eine Niederlage hatten wir bereits erlitten, als wir den Frieden verloren, mit anderen Worten zu der Zeit, als man bei uns aufhörte, an die Perspektiven politische Verhandlungen zu glauben, und an die trügerische Kraft der Waffen zu glauben begann“ und „mit klingendem Spiel in den Krieg zog“.

Diese Bemerkungen, in denen nur historische Tatsachen konstatiert werden, hat die Zeitung der Koalitionspartei — „Uusi Suomi“ — als eine „beleidigende“ und „destruktive“ Kritik charakterisiert, die „in den früheren Handlungen und Taten des finnischen Volkes nichts Anerkennenswertes sieht“. Es handelt sich ja aber nicht um eine Verurteilung des finnischen Volkes, sondern um eine Verurteilung der Taten der finnischen Faschisten und Reaktionäre, in denen es wirklich nichts Anerkennenswertes gab noch gibt. Das Volk Finnlands war jahrzehntelang das Objekt chauvinistischer Vergiftung und der Betrügereien der großfinnischen Abenteurer, und schließlich ist es ihrer Kriegspolitik zum Opfer gefallen. Der finnische Ministerpräsident hat hieran offenbar nicht erinnert, um destruktive Kritik zu üben, sondern umgekehrt, um das finnische Volk instand zu setzen, sich die Lehren der Vergangenheit gründlich zu eigen zu machen. Eine solche Kritik ist zweifellos eine positive Kritik und kann als ein nützliches Mittel dienen, um den gesellschaftlichen Organismus gegen neue Versuche, ihn mit sowjetfeindlichem Chauvinismus zu infizieren, immun zu machen.

Im Laufe der beiden letzten Jahre gab es in der reaktionären Presse Finnlands keinen Mangel an formalen Loyalitätsversicherungen gegenüber der Sowjetunion. Man konnte eher eine gewisse Inflation derartiger Erklärungen in denjenigen Zeitungen und Parteien beobachten, die die Politik Rytis, Linkomies' und Tanners bis zu Ende verfochten und sogar nach Abschluß des Waffenstillstands von dieser Politik nicht abgerückt sind.

Es ist natürlich kein Malheur, daß es viele solche Versicherungen gibt, und ich will nicht in Bausch und Bogen behaupten, daß ihnen keinerlei Bedeutung zukomme. Meiner Ansicht nach müssen alle Loyalitätsversicherungen zur Kenntnis genommen und protokolliert werden.

Der Wert einer Versicherung aber wird bekanntlich in der Praxis erprobt. Auch im Frühjahr 1940, beim Abschluß des damaligen Friedensvertrages, haben wir ja von den rechten Extremisten Finnlands feierliche Versicherungen zu hören bekommen, sie seien gesonnen, für immer freundschaftliche Beziehungen zur Sowjet-

union zu unterhalten. Damals aber zeigte die Praxis, daß der reale Wert dieser Versicherungen gleich Null war.

Gegenwärtig ist die Situation zweifellos besser. Dennoch müssen wir konstatieren, daß die politische Praxis der extrem rechten Kreise Finnlands auch jetzt von solcher Art ist, daß ihre öffentlichen Loyalitätsversicherungen zum großen Teil wertlos werden. Der Vorsitzende der finnischen Regierung hat besonders hingewiesen auf die gesetzwidrige, verbrecherische Tätigkeit verschiedener reaktionärer Cliquen und dazu aufgefordert, „diese für Land und Volk außerordentlich gefährliche, schädliche Tätigkeit ein für allemal einzustellen“. Aber hat die rechtsstehende Presse diese Aufforderung etwa unterstützt? Nein, im Gegenteil. Sie hat sie höchst ablehnend aufgenommen. So spornt die reaktionäre Presse in Finnland dauernd wenn nicht direkt, so doch indirekt die illegalen Chauvinisten bei ihren Quertreibereien an, indem sie jede beliebige, gegen ihre Wührarbeit gerichtete Maßnahme der Regierung bekrittelt.

Was wollen eigentlich diese extrem rechten Kreise Finnlands? Wonach streben sie? Kann man auf diese Frage eine exakte Antwort geben?

Jawohl. Sie streben danach, die Politik Finnlands wieder auf die alten Geleise umzuschalten. Hierauf hat bereits A. A. Shdanow, der Vorsitzende der Kontrollkommission der Verbündeten, in seiner Antwortrede an den Präsidenten Paasikivi am 10. Februar d. J. hingewiesen. Dem Bericht des finnischen Rundfunks zufolge hat A. A. Shdanow erklärt:

„Man sagt, in Finnland gebe es Leute, die gesonnen sind, sich den Übergang vom Waffenstillstand zu den neuen Friedensverhältnissen zunutze zu machen, um die Politik Finnlands auf das Alte zu orientieren. Wenn diese Redereien irgendeine Grundlage haben, so wäre das ein großes Unglück für unsere gemeinsame Sache. Ich möchte nicht glauben, daß es in Finnland Menschen gibt, die die Möglichkeit erhielten, leichtsinnig mit dem Schicksal unserer Beziehungen zu spielen.“

In diesem Zusammenhang gab A. A. Shdanow der Zuversicht Ausdruck, daß die politische Richtung, die Finnland auf den sicheren Weg einer friedlichen demokratischen Entwicklung geleitet hat, auch weiter fortgesetzt werde.

4. Die Konsolidierung des friedlichen Kurses der finnischen Politik

Schwerlich wird das finnische Volk es den rechten Extremisten gestatten, die Politik Finnlands wieder auf das Alte zu orientieren. Auch

der Friedensvertrag erlaubt das nicht. Aber das blinde Streben der Erben des gescheiterten Regimes Ryti-Linckmies-Tanner nach dem Alten ist unverkennbar vorhanden. Ebenso wie früher, als sie bei der Verwaltung des Staates dem Gespenst „Großfinlands“ nachjagten, fehlt es ihnen jetzt, wo sie, in der Opposition befindlich, das leichtfertige Spiel mit dem Schicksal der finnisch-sowjetischen Beziehungen erneuern möchten, an Gefühl für die Realität und an gesundem Menschenverstand in der Einschätzung der Perspektiven.

Ihr Abenteuererum hängt in bedeutendem Maße zusammen mit ihrer Neigung, allzu bereitwillig auf schlechte ausländische Ratgeber zu hören. Das ist eine alte Schwäche der finnischen Reaktionäre, und schon manches Mal haben sich ausländische Gauner diese Schwäche zunutze gemacht. In der ersten Periode des Lebens des unabhängigen Finnlands konnte man beobachten, wie jeder beliebige aus den westlichen Ländern in Finnland eingetroffene ausländische Commis voyageur von der Bourgeoisie mit offenen Armen empfangen wurde, vorausgesetzt nur, daß er den guten Eintall hatte, seinen finnischen Gesprächspartnern ins Ohr zu flüstern: „Wir unterstützen euch gegen die russischen Bolschewiki.“ Dann bemächtigten sich des politischen Marktes Finnlands deutsche Gauner schlechterer Sorte — die Nazis, und die finnischen Reaktionäre, die nach ihrer Pfeife tanzten, stürzten ihr Land unüberlegt in einen ausgesprochen wahnwitzigen Krieg. Jetzt spitzen diese Reaktionäre die Ohren, wenn sie das Gezischel englisch-amerikanischer Commis voyageurs und einiger schwedischer Bankiers hören, die ganz verantwortungslos hetzen: „Versöhnt euch nicht mit den Russen, wir sind eure Freunde, wir unterstützen euch!“

W. M. Molotow, der Außenminister der Sowjetunion, erklärte in seiner Rede auf der Pariser Friederiskonferenz, in der er auf die von der Sowjetunion durchgeführte wohlwollende Politik gegenüber dem demokratischen Finnland hinwies, folgendes:

„Die Sowjetunion führte und führt gegenüber Finnland diese gutnachbarliche Politik durch, sofern Finnland selbst eine ebensolche Politik gegenüber der Sowjetunion durchführen wird und sofern Finnland sich nicht erneut zu einer Waffe in den Händen irgendwelcher wie immer gearteten Elemente gegen die Sowjetunion machen läßt. Es könnten sich auch Leute finden, die Lust bekommen, auf Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten zwischen den Großmächten zu spekulieren. Wir möchten unserem Nachbarn Finnland nicht

raten, sich von solchen Plänen hinführen zu lassen und solchem Druck nachzugeben. Als eine Waffe in den Händen starker Mächte ausgenutzt zu werden — darin hat Finnland außerordentlich trübselige Erfahrungen gemacht. Dies darf nicht vergessen werden.“

W. M. Molotows ernste Mahnung hat in Finnland tiefen Eindruck gemacht. Die von ihm ausgesprochene Meinung wird von breiten demokratischen und fortschrittlichen Schichten des finnischen Volkes geteilt, und nicht nur von diesen Schichten, sondern auch von vielen konservativ gesinnten Kreisen.

In Finnland gibt es bereits kein politisch einheitliches Lager der Rechten mehr. Unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien geht eine merkliche Differenzierung in der Frage des außenpolitischen Kurses vorstatten. Viele Kreise, die in sozialen und politischen Fragen rechtsstehende oder konservative Anschauungen vertreten, verließen oder verlassen die gegenüber der Sowjetunion unversöhnliche Position der extrem rechten Chauvinisten. Solche Kreise haben die Fähigkeit nicht eingebüßt, die politischen Probleme vom Standpunkt der realen Staatsinteressen Finnlands zu betrachten, und sie schließen deshalb nicht die Augen vor den verhängnisvollen Fehlern des alten außenpolitischen Kurses. Durch Erfahrungen gewitzigt, stehen sie den aufdringlichen ausländischen Ratgebern — Agenten des Imperialismus — mehr oder weniger kritisch gegenüber.

Die Abgrenzung der vernünftigen Konservativen von den chauvinistischen Extremisten geht in einem langsamen und lautlosen Prozeß ohne offenen Kampf vor sich und findet deshalb in der Presse nur geringe Widerspiegelung, zumal die meisten bürgerlichen Zeitungen sich in den Händen eingeleisteter Anhänger des alten Kurses der finnischen Politik befinden. Man erkennt jedoch unschwer, daß die außenpolitische Linie, wie sie z. B. in den oben angeführten Erklärungen des Präsidenten Paasikivi zum Ausdruck kommt, sich von der Linie der Anhänger des alten Kurses prinzipiell unterscheidet.

Die Mehrheit des finnischen Volkes macht sich augenscheinlich bereits von der geistigen Vormundschaft der rechten Extremisten frei. Je mehr Zeit ins Land geht, desto mehr nachdenkliche Menschen stoßen die chauvinistischen Rädelführer von sich und ihren Parteien ab. Der Sieg der neuen Richtung in der Außenpolitik Finnlands wird verankert. Jetzt ergibt sich bereits die reale Möglichkeit, die Clique chauvinistischer Politikaster politisch völlig zu isolieren.

Klar ist jedoch, daß diese Aufgabe nur durch

einen unermüdlichen politischen Kampf der Anhänger der neuen Orientierung gegen die Intrigen der unverbesserlichen Waffenträger des alten Regimes verwirklicht werden kann. Die Persönlichkeiten des Demokratischen Bunds des finnischen Volkes versuchen, der Öffentlichkeit nachdrücklich den Gedanken klarzumachen, daß der Abschluß des Friedens für die finnische Demokratie keine Periode der Flaute eröffnet, sondern eine Fortsetzung des unentwegten Kampfes für die

entschlossene Bändigung der Kräfte des Faschismus und der Reaktion bedeutet.

Durch diesen edelmütigen Kampf und die konsequente Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit seinem großen Sowjetnachbarn wird das finnische Volk unbedingt ein festes Fundament für seine Zukunft legen und dem unabhängigen Finnland eine würdige internationale Stellung sichern, die seinen staatlichen Interessen entspricht.

Die Militarisierung der Wissenschaft in den USA

M. RUBINSTEIN

Die am 14. Dezember 1946 von der Generalversammlung der UNO beschlossene Resolution über die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen schlägt unter anderen auf die Erreichung dieses wichtigen Zieles gerichteten praktischen Maßnahmen auch die Herstellung einer internationalen Kontrolle über die wissenschaftlichen Entdeckungen und technischen Vervollkommnungen vor. Der Sinn dieser Kontrolle besteht darin, zu erreichen, daß die Errungenschaften der Wissenschaft nur für friedliche Zwecke ausgenutzt werden, und die gefährliche Situation zu beseitigen, die dazu führt, daß die mächtvollen Kräfte der modernen Wissenschaft in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt, daß alle technischen Erfindungen und Vervollkommnungen in erster Linie für die Entwicklung der Rüstungen ausgenutzt werden, und zwar hauptsächlich für die Entwicklung der Mittel zur massenhaften Vernichtung und Zerstörung.

Man kann deshalb nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß in den USA, einem Lande also, das über einen mächtvollen wissenschaftlichen Forschungsapparat und riesige technische Möglichkeiten verfügt, die Entwicklung in direkt entgegengesetzter Richtung verläuft und durchaus im Widerspruch steht zu dem erwähnten Beschluß der Generalversammlung.

Der Sicherheitsrat arbeitet unter mühsamer Überwindung zahlloser Hemmnisse Maßnahmen aus, um auf der ganzen Linie eine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen zuwege zu bringen. Gleichzeitig aber nutzen die Militaristenkreise der USA die riesigen militärischen Bewilligungen, die im Friedensjahr 1946/47 die entsprechenden Beträge vom Jahre 1940 um ein Vielfaches übersteigen, dazu aus, die Mittel zur massen-

haften Vernichtung und Zerstörung weiter zu vervollkommen. Die wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Atomenergie entwickeln sich ebenso wie alle anderen modernen wissenschaftlichen Entdeckungen und technischen Vervollkommnungen in erster Linie in dieser Richtung.

Ein Zeugnis dafür sind sowohl die offiziellen Mitteilungen und Äußerungen großer Gelehrter als auch die Angaben der wissenschaftlichen und technischen Zeitschriften Amerikas.

Nehmen wir einige Tatsachen aus dem Gebiet der Organisation der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten.

In den Kommissionen des 79. USA-Kongresses wurden Gesetzentwürfe über die Schaffung einer staatlichen Zentrale für wissenschaftliche Forschungsarbeiten erörtert. Angesichts des Widerstandes der Monopoltrusts, die befürchten, die staatliche Finanzierung und Organisation der wissenschaftlichen Forschungen könnten zur Entwertung der von den Monopolen angesammelten Patente führen, wurden diese Gesetzentwürfe in irgendeiner Kommission begraben. Die Natur duldet indes bekanntlich keine Leere. Das nach der Liquidierung des während des Krieges tätig gewesenen wissenschaftlichen Forschungsamts — Office of Scientific Research and Development (OSRD) — entstandene Vakuum wurde bald von den militärischen Organen ausgefüllt. Sie bedienten sich der riesigen Mittel, die der Staatshaushalt ihnen anweist, um sich in vollem Maße die Wissenschaft zu unterwerfen, in erster Linie die grundlegenden theoretischen Forschungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften.

Die Initiative in dieser Beziehung ging vom Marineministerium aus. Im vorigen Jahr wurde ein von Vizeadmiral H. G. Bowen geleitetes Amt

für Marineforschung (Office of Naval Research — ONR) geschaffen, dessen Aufgabe darin besteht, fundamentale theoretische Forschungen zu stimulieren und zu lenken, die für die Entwicklung neuer Mittel der Massenvernichtung ausgenutzt werden könnten.

Ein großer Teil der Forschungen wird durch Abschluß von Kontrakten mit Universitäten, industriellen Instituten und Laboratorien durchgeführt. Für 1947 sind 40 Prozent der Kontrakte verschiedenen Problemen der Kernphysik, 14 Prozent Fragen der Elektronenlehre, 10 Prozent den lenkbaren Geschossen, die übrigen verschiedenen Fragen der Chemie, der Geophysik, der Mechanik, der Medizin und der angewandten Mathematik (hauptsächlich dem Problem rasch arbeitender Rechenmaschinen) gewidmet.

Das Amt arbeitet außerordentlich geschickt. Die von ihm geschlossenen Kontrakte betonen in jeder Weise die Nichteinmischung in die „Freiheit der Forschung“ und verlangen keine bestimmten Resultate innerhalb dieser oder jener Frist, sie behindern nicht die Abschweifung der Forschungen nach irgendeiner unerwarteten, aber irgend etwas versprechenden Seite. Mit einem Wort, es geschieht alles, um die besten Zivilgelehrten heranzuziehen und ihr Gewissen zu beruhigen. Hierbei wird jedoch nicht verhehlt, daß alle Kontrakte auf die militärische Ausnutzung der wissenschaftlichen Arbeiten abzielen, auch wenn diese noch so fernab liegen möge.

Gleichzeitig räumt das Marineministerium den Instituten und Industrielaboratorien, die mit ihm diese Kontrakte abschließen, die Möglichkeit ein, die „kommerziellen Resultate“ der Forschungsarbeiten patentieren zu lassen. Auf diese Weise haben die Trusts, denen diese Laboratorien gehören, die Möglichkeit, die vom Staate finanzierten wissenschaftlichen Arbeiten auch für ihre Zwecke auszunutzen.

Auf noch größerer Stufenleiter betreibt die Führung der USA-Armee die Organisation der wissenschaftlichen Forschungsarbeit. Im laufenden Haushaltsjahr verausgabt die Armee für diese Arbeiten mehr als 280 Millionen Dollar, wovon 70 Millionen Dollar für die Finanzierung theoretischer Forschungen in Universitäten und wissenschaftlichen Forschungsinstituten bereitgestellt werden.

Als Dachorganisation für die Leitung dieser Arbeiten wurde dem Generalstab im April v. J. eine neue Abteilung angegliedert — die Forschungs- und Entwicklungsabteilung (Research and Development Division). Diese Abteilung genießt die gleichen Rechte wie die drei Hauptabteilungen des Generalstabs — die operative

Abteilung, die Nachrichtenabteilung und die Nachschubabteilung. An der Spitze der neuen Abteilung steht Generalmajor Henry S. Aurand, der unmittelbarer Ratgeber des Kriegsministers und des Generalstabschefs in allen Fragen ist, die mit den wissenschaftlichen Forschungen, der Einbürgerung neuer technischer Einrichtungen, der Mobilisierung der wissenschaftlichen Bemühungen der Zivilgelehrten usw. zusammenhängen.

Die Abteilung dient in erster Linie als Koordinationszentrale und als ein Organ der wissenschaftlich-technischen Politik der bewaffneten Macht. Die unmittelbare Durchführung der Forschungsarbeiten, der Abschluß der Forschungskontrakte mit Instituten und Industrielaboratorien, die Erprobung neuer Waffen — alles das bleibt den verschiedenen technischen Dienstzweigen (Technical Services) der Armee unterstellt.

In einer Rede, gehalten auf einer Versammlung der Ingenieurvereinigung in Los Angeles, erklärte Generalmajor Aurand, das Kriegsdepartement habe die Absicht, nicht nur auf dem Gebiet der Atomrüstung wissenschaftliche Forschungen energisch durchzuführen. Er sagte:

„Unser Programm sieht auch die Entwicklung wissenschaftlicher Forschungen und der Technik auf dem Gebiet lenkbarer Geschosse, des Radars, des bakteriologischen Krieges und anderer moderner Kriegsmittel vor.“

General Eisenhower hat es der neuen Abteilung des Generalstabs zur Hauptaufgabe gemacht, alle wissenschaftlichen Hilfsquellen des Landes für die Lösung militärischer Probleme voll auszunutzen. Um die Heranziehung von Zivilgelehrten zu diesen Arbeiten zu unterstreichen, ist Cloyd Heck Marvin, der Rektor der George Washington University in Washington, zum ersten Stellvertreter (Deputy Director for Research) General Aurands ernannt worden. Auf diesem Posten sollen die namhaftesten Gelehrten der verschiedenen Wissenszweige jedes Jahr einander ablösen.

Bei der Abteilung ist eine Art Gelehrtenbeirat geschaffen worden, in dem 75 der größten Spezialisten aus verschiedenen Zweigen der Wissenschaft und der Technik sitzen. Auch sie werden für ein Jahr ernannt, um dann anderen Platz zu machen. Eine bedeutende Anzahl von Zivilgelehrten arbeitet auch in dem Apparat der Abteilung selbst, sei es nun hauptberuflich oder nebenberuflich (als Konsultanten). Diese und einige andere charakteristische Einzelheiten aus der Organisation der neuen Abteilung des Generalstabs verraten das Bestreben, eine möglichst große Anzahl von Zivilgelehrten in die Ausarbeitung neuer Methoden und Mittel der Massenvernichtung einzubeziehen, die Verbindungen der Gelehrten mit

militärischen Kreisen auszubauen und eine Art gegenseitiger Rückversicherung zu schaffen.

Die gleichen Aufgaben verfolgt auch der im vorigen Jahr reorganisierte umfassende Forschungsapparat des Stabes der USA-Luftstreitkräfte. Für die Leitung der wissenschaftlichen Forschungen und die Einbürgerung wissenschaftlicher Methoden besteht bei diesem Stabe eine besondere Abteilung, die von Generalmajor Curtis E. Le May, dem stellvertretenden Stabschef für wissenschaftliche Fragen, geleitet wird. Der Abteilung ist ein ziviler Gelehrtenrat (Civilian Scientific Advisory Board) angegliedert worden, an dem große Gelehrte beteiligt sind.

General Le May erklärte:

„Neue Waffen und Ausrüstungen treten nicht plötzlich in Existenz, sondern sind die Resultate eines langen und mühsamen Prozesses von Forschungen und Entwicklungen. Das Endresultat ist direkt proportional der Quantität der angewandten Gelder und Hirnkräfte.“

Hiervon ausgehend hat der Stab, ohne auf die Mittel sehen zu müssen, ein großzügiges Forschungsprogramm ausgearbeitet, das die verschiedenartigsten Gebiete der Wissenschaft und der Technik umfaßt. Dazu gehören verschiedene Probleme der Atomenergie, reaktiver Antriebsmaschinen (Jet Propulsion), der Physik der höheren Atmosphären, der Elektronenlehre, die Erforschung neuer Legierungen, keramischer Materialien und vieles andere.

Vor dem Kriege wies der Haushalt der Luftstreitkräfte für wissenschaftliche Arbeiten jährlich 5 Millionen Dollar an, während diese Aufwendungen 1946 auf 185 Millionen Dollar gestiegen waren. Ein großer Teil der Mittel dient der Finanzierung der Forschungskontrakte, die mit Universitäten, Instituten und Industrietrüsten abgeschlossen wurden.

Mit der Fairchild Engine and Airplane Corporation z. B. ist ein großer Kontrakt geschlossen worden über Forschungen betreffend die Ausnutzung von Atomenergie für den Antrieb von Flugzeugen. An diesem Kontrakt ist auch eine Anzahl anderer Unternehmungen der Flugzeugmotorenindustrie und der Atomtrust Manhattan Engineering District beteiligt worden. Mit einer Anzahl von Universitäten wurden Kontrakte abgeschlossen über das Studium neuer Treibstoffarten für Raketenantrieb, die Erforschung kosmischer Strahlen in den oberen Atmosphärenschichten mit Hilfe der „V-2“-Raketen u. dgl. m.

Zwecks Vervollkommen und Erprobung neuer Typen von Flugzeugen und lenkbaren Geschossen ist ein Projekt ausgearbeitet worden über die Anlage einer großen Zentrale für Flugzeugforschungen (Air Engineering Development Center) in den westlichen Staaten, die 600 Millio-

nen Dollar kosten und 5000 Arbeitskräfte beschäftigen soll. Auch in diesem Projekt ist den Forschungsarbeiten für die militärische Ausnutzung der Atomenergie, für die wie aus einem Füllhorn aus verschiedenen Kanälen Millionen Dollar fließen, ein bedeutender Platz eingeräumt.

Zwecks Koordinierung der Forschungsarbeiten der Armee und der Marine wurde kürzlich ein gemeinsames Büro für Forschungen und für die Einbürgerung wissenschaftlicher Arbeiten der Armee und der Flotte (Joint Army and Navy Research Development Committee) unter dem Vorsitz Vannevar Bush, der während des Krieges wissenschaftliche Forschungsarbeiten geleitet hat, geschaffen.

Der labouristische Unterhausabgeordnete Raymond Blackburn, der kürzlich nach den USA reiste, um diese Fragen zu studieren, hat mitgeteilt, daß Vannevar Bush sich erst dann bereit erklärt hat, diesen wichtigen Posten zu übernehmen, als Kriegsminister Patterson und Marineminister Forrestal ihm in besonderen Schreiben völlige Handlungsfreiheit und fast unbeschränkte finanzielle Hilfsquellen garantiert hatten. Bush nutzt diese Hilfsquellen und seine umfassenden Beziehungen in der Gelehrtenwelt aus, um die namhaftesten Wissenschaftler für die neue Körperschaft zu gewinnen und durch sie das in den Kongresskommissionen begrabene Projekt einer Zivilzentrale für die Leitung der Wissenschaft zu ersetzen, nachdem er die Richtung, die Aufgaben und die Ziele dieser Führung entsprechend verändert hat.

Im Februar d. J. haben Vertreter der USA-Armee und -Marine mitgeteilt, die neue Forschungszentrale habe eine Anzahl technischer Kommissionen eingesetzt, die von den namhaftesten Gelehrten geleitet werden. Unter diesen Kommissionen befindet sich eine Atomkommission unter der Leitung Conants, des Rektors der Harvard University, eine Kommission für lenkbare Geschosse (Guided Missile Committee) unter der Leitung Comptons, des Präsidenten des Massachusetts Institute of Technology und eine Elektronenkommission unter der Leitung des Gelehrten Stratton.

Ende Februar hat das Kriegsdepartement der USA mitgeteilt, es arbeite ein Programm aus zwecks „hundertprozentiger Ausnutzung jedes Gelehrten und Ingenieurs in den USA“. In der Mitteilung heißt es:

„Die wissenschaftlichen Vereinigungen der Nation bereiten eine Übersicht vor, die, wie man hofft, jede wissenschaftlich geschulte Person innerhalb des Landes erfassen wird, so daß ein vollständiger Bericht greifbar sein wird. Die Research Development Division wirkt mit diesen Organisationen bei der Ausarbeitung eines Planes zusammen, der im erforderlichen Augenblick

eine angemessene Verteilung der verfügbaren wissenschaftlichen Kräfte auf die Universitäten, die Industriezweige, die Zivildienste und die Streitkräfte gewährleisten wird."

Somit schaffen die USA vor unseren Augen eine eigenartige und vom Standpunkt der Entwicklung der Wissenschaft überaus beunruhigende Lage, die dazu führt, daß der größte Teil der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten, darunter auch auf den ersten Blick abstrakte theoretische Forschungen, von militärischen Organen finanziert und geleitet werden, um sie in letzter Instanz zur Verstärkung der Rüstungen auszunutzen.

Vor dem Kriege wurden in den USA für wissenschaftliche Forschungen etwa 50 Millionen Dollar staatliche Mittel jährlich verausgabt, während die entsprechende Summe im vorigen Jahr fast eine Milliarde Dollar betrug, wovon etwa 90 Prozent für Forschungen von militärischer Bedeutung draufgingen.

Stephen White, ein Mitarbeiter der „New York Herald Tribune“ für wissenschaftliche Fragen, macht in einem Artikel, betitelt „Research on an Army Checkbook“ (Forschung auf Scheckbuch der Armee), die Mitteilung, die Ausgaben der Armee und der Marine für wissenschaftliche Forschungen betrügen das Zwanzigfache der Vorkriegsausgaben der Universitäten und ein Vielfaches der laufenden Ausgaben der Industrie für wissenschaftliche Forschungen. Phillip Morrison, Professor der Physik an der Universität Cornell, hat, wie White erklärt, mitgeteilt, daß mehr als die Hälfte der theoretischen Arbeiten, die in den Sitzungen der Amerikanischen Physikalischen Gesellschaft besprochen wurden, vom Kriegsdepartement finanzierte Projekte betraf.

Die „Business Week“, ein Organ der Industriekreise, schrieb im Herbst 1946 in einer umfassenden Review unter der Überschrift „Science Dons a Uniform“ (Die Wissenschaft legt militärische Uniform an) folgendes:

„Teilweise absichtlich, teilweise infolge von Fehlern befindet sich die föderale Unterstützung der reinen Wissenschaft heute fast vollständig unter militärischer Kontrolle. Ihre allgemeine Richtung wird durch militärische Bedürfnisse bestimmt; ihre Finanzen stammen aus militärischen Fonds.“

Der Artikelschreiber der „Business Week“ gelangt zu der nachstehenden Schlußfolgerung:

„Manche Geschäftsleute werden evtl. das Risiko der Militarisation der Wissenschaft der Schaffung einer Agentur vorziehen. ... Obgleich nun viele Gelehrte die falsche Ausrichtung von Forschungen, die in einem militärischen Programm unvermeidlich ist, bedauern, werden manche Leute von den Universitäten mit ihren wohlgegerichteten Arbeitsfeldern, ihrer organisierten

Klavatur von Telefonnummern und ihren reichlich fließenden Geldmitteln möglicherweise zögern, eine im Gang befindliche Operation umzuwerfen.“

Die Frage der Haltung der Gelehrten selbst gegenüber dem energisch verlaufenden Prozeß der Militarisation der Wissenschaft in den USA verdient Beachtung. Die meisten Wissenschaftler in den USA sind sich durchaus klar über den verderblichen Weg, den die Militaristenkreise sie zu führen bestrebt sind. Die „Neue Zeit“ hat wiederholt von individuellen und kollektiven Protesten amerikanischer Gelehrter und ihrer Organisationen gegen die Militarisation der Wissenschaft, Notiz genommen, die mit der Geheimhaltung der Forschungen und der tiefgreifenden falschen Ausrichtung der gesamten wissenschaftlichen Arbeiten zusammenhängt.

Auf dem Forum (einer Diskussionsversammlung) der „New York Herald Tribune“ im Oktober 1946, das Problemen der Atomenergie gewidmet war, erklärte der bekannte Physiker Dr. Morrison, die Kontrolle der militärischen Körperschaften über die Wissenschaft halte die Entwicklung der Wissenschaft in den USA nicht nur auf, sondern, und das sei die Hauptsache, die amerikanische Wissenschaft werde „der Welt als der Waffenmeister eines neuen und noch furchtbareren Krieges erscheinen“.

Im Januar d. J. wurde die Aufmerksamkeit der amerikanischen Presse auf den folgenden charakteristischen Zwischenfall gelenkt. Der weltbekannte Mathematikprofessor Wiener vom Massachusetts Institute of Technology lehnte es ab, an einer von der Marineleitung einberufenen Konferenz über rasch arbeitende Rechengерäte teilzunehmen, da diese Geräte zur Vervollkommenung lenkbarer Geschosse, also einer Waffe der Massenvernichtung, verwendet werden sollen. In einem dem Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ gewährten Interview protestierte Wiener dagegen, daß die wissenschaftlichen Forschungen durch das Kriegsdepartement finanziert werden. Infolgedessen gerieten nämlich die Entdeckungen und Erfindungen der Gelehrten „in die Hände von Leuten, denen ich ihre Verwertung am allerwenigsten anvertrauen würde“, wie Wiener sich ausdrückte.

In der Zeitschrift „Atlantic Monthly“ schreibt Wiener:

„Ich habe nicht die Absicht, irgendeine künftige Arbeit zu veröffentlichen, die in den Händen unverantwortlicher Militaristen Schaden anrichten könnte.“

Wie kennzeichnend aber auch solche individuellen Proteste für die Stimmungen der amerikanischen Gelehrten sein mögen — man kann dennoch

nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß ein bestimmter Teil der Gelehrten der Versuchung erliegt: die von den militärischen Stellen für die Wissenschaft ausgeworfenen riesigen Mittel haben das Einkommen dieser Gelehrten erhöht. Henry A. Wallace, der frühere USA-Vizepräsident, der jetzt die Wochenschrift „New Republic“ herausgibt, schreibt in einem redaktionellen Artikel über dieses Thema:

„Die Wissenschaftler finden, ein höheres Einkommen sei ein geeigneter Balsam gegen die Gedanken, die sie darüber gehabt haben könnten, daß die reine Wissenschaft hohen Idealen zu dienen hat.“

So trennt die Militarisierung der Wissenschaft die Gelehrten und korrumpiert einen bestimmten Teil von ihnen, indem sie ihn vor den Wagen des amerikanischen Imperialismus spannt.

Die von uns angeführten Belege sprechen, obgleich sie nur einen kleinen Teil der einschlägigen Tatsachen wiedergeben, eine äußerst beredte

Sprache. Sie bezeugen, daß die Militarisierung der Wissenschaft in den USA der Politik und den Zielen, die die UNO in ihrem Beschluß über die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen zum Ausdruck gebracht hat, ausgemacht widerspricht.

Das macht den Kampf gegen die Militarisierung der Wissenschaft zu einer der wichtigsten und unaufschiebbarsten Aufgaben für alle, die aufrichtig bestrebt sind, die große Macht der Wissenschaft zum Wohle der Menschheit zu entwickeln und nutzbar zu machen.

Die fortschrittliche Öffentlichkeit aller Länder, in erster Linie die wissenschaftliche Öffentlichkeit, muß diejenigen restlos entlarven, die die amerikanische Wissenschaften gegen den hemmungslosen Militaristen und den mit ihnen verbundenen Industriemonopolen unterordnen, die danach streben, die Wissenschaft für ihre abenteuerlichen, auf die Eroberung der Weltherrschaft gerichteten Pläne auszunutzen.

Die Politik der USA im Fernen Osten

M. MARKOW

DER bevorstehende offizielle Kurswechsel in der Fernostpolitik der USA bildet in der amerikanischen Presse einen Gegenstand lebhafter Erörterung. Ob dieser Kurswechsel nun ausdrücklich proklamiert wird oder nicht, ist belanglos, wichtig ist vielmehr, daß Washington in seiner fernöstlichen Politik die Prinzipien bereits verwirklicht, die jetzt als „neuer Kurs“ bezeichnet werden, und daß praktisch eine Politik einseitiger Handlungen, eine Gewaltpolitik an die Stelle der internationalen Zusammenarbeit getreten ist. Wahrscheinlich bildeten gerade die Erfahrungen im Fernen Osten, besonders in China, wo die USA dem reaktionären Lager im Bürgerkrieg gegen das Volk halfen und auch weiter helfen, die Grundlage des Aktionsprogramms bezüglich Griechenlands und der Türkei, das Truman am 12. März d. J. in seiner Kongreßbotschaft proklamiert hat.

Rekapitulieren wir kurz, welche Rolle die USA in den letzten Monaten in den inneren Angelegenheiten Chinas gespielt hat.

Am 29. Januar d. J. teilte die amerikanische Botschaft in Nanking mit, die USA wollten in den Verhandlungen zwischen der Kommunistischen

Partei Chinas und der Kuomintang nicht länger den Vermittler spielen und träten aus dem „Dreierkomitee“ und dem Peiping Exekutivrat aus. Dabei wurde von offiziellen Vertretern der USA und in der Presse erklärt, die „eigensinnige Haltung der Kommunistischen Partei“ sei an dem Fiasko der Vermittlungsmission der USA schuld. In Wirklichkeit aber war diese „Vermittlung“ nur ein Deckmantel für die militärische und ökonomische Unterstützung der Kuomintang, die nur das eine Resultat haben konnte und auch hatte, den Bürgerkrieg auszuweiten.

Der Verzicht auf die „Vermittlerrolle“ bedeutet aber keineswegs, daß die USA auch ihre Hilfe an die Kuomintang einstellen, im Gegenteil, diese Hilfe wird noch verstärkt. Amerikanische Banknoten strömen in die Kuomintangkassen, amerikanische Instrukteure bilden die Kuomintangarmeen aus, die nach wie vor amerikanische Ausrüstung, Munition und Brennstoff erhalten. Immer noch stehen amerikanische Truppen in China, in letzter Zeit haben sie sogar neue Verstärkungen erhalten.

Solange sich noch amerikanische Vermittler in China aufhielten, betrachtete Washington sich,

wenigstens nominell, als durch das Moskauer Abkommen von 1945 gebunden, das die USA verpflichtete, in China zur Schaffung des Friedens und zur Beilegung des Bürgerkriegs beizutragen. Wenn sie nicht länger Vermittler sein wollen, so bedeutet das nichts anderes, als daß sie der Kuomintang völlige Freiheit geben, den Bürgerkrieg zu schüren. Die Kuomintang aber ließ sich diesen Wink nicht zweimal geben.

Auch einige andere Tatsachen zeigen, daß die USA ihren politischen Kurs in China geändert haben und sich direkt von den im Moskauer Abkommen von 1945 übernommenen Verpflichtungen lossagen. Es genügt, an die Unterstützung der aus Abgeordneten nur einer einzigen Partei bestehenden Nationalversammlung zu erinnern, die im Widerspruch zu den Beschlüssen des politischen Konsultativrats einberufen wurde, und ebenso an die Billigung der von dieser Versammlung bestätigten antidemokratischen Verfassung. Während das Moskauer Abkommen die Notwendigkeit anerkannte, in alle chinesischen Regierungskörperschaften weitgehend demokratische Elemente einzubeziehen, haben die USA den Kurs Tschiangkaischeks offiziell gebilligt, der auf eine Isolierung der kommunistischen Partei und auf die Bildung einer „liberalisierten Regierung ohne Kommunisten“ abzielt. Tatsächlich bedeutet das, daß die USA die Aufrechterhaltung der reaktionären Kuomintangdiktatur sanktionieren.

Die Ereignisse der letzten Zeit — Liquidierung der kommunistischen Vertretungen in Tschungking, Nanking und Schanghai, Verstärkung des Terrors der Kuomintang-Geheimpolizei, Ausbreitung des Bürgerkrieges — zeigen, welche Folgen der heutige Kurs der amerikanischen Chinapolitik nach sich zieht. Die USA erklären, China „verlassen“ zu wollen, und gedenken auf diese Weise die Verantwortung für die dort bestehende, den Frieden gefährdende Situation von sich abzuwälzen. Gleichzeitig aber lassen sie China keineswegs fahren, sie nehmen es nur noch fester in ihre Hände. Die USA ziehen aus ihrer Hilfe, die sie der Kuomintang im Bürgerkrieg leisten, bekanntlich einen ganz erheblichen Nutzen. Der von der Kuomintangregierung unterzeichnete Handelsvertrag und die verschiedenen Wirtschaftsabkommen gewähren den amerikanischen Firmen volle Freiheit, die Wirtschaft Chinas auf Kolonisatorenart auszubeuten, sie sichern diesen Firmen eine Monopolstellung auf dem chinesischen Markt.

Damit sind die imperialistischen Kreise der USA jedoch nicht zufrieden. Sie verlangen eine offene politische Unterstützung Tschiangkaischeks im Kampf gegen die demokratischen Kräfte, eine direkte Intervention in China. Der Vorschlag des

USA-Staatsdepartements, der Kuomintangregierung unverzüglich eine Vorschußzahlung a conto der Anleihe von einer halben Milliarde zu leisten, ist eine direkte Herausforderung der demokratischen Kräfte, die wünschen, Amerika solle sich in seiner Chinapolitik auf die internationale Zusammenarbeit orientieren.

* * *

Pressemeldungen zufolge wird jetzt die Idee eines „einheitlichen amerikanischen Programms“ für den gesamten Osten auf Tapet gebracht. Zu diesem Zweck schlägt der republikanische Senator Owen Brewster vor, General MacArthur zum „amerikanischen Vizeregenten für den gesamten Orient“ einzusetzen. Einer Reuter-meldung zufolge sind die Kongreßmitglieder von MacArthurs Fähigkeit zur Leitung der „amerikanischen Operationen im Osten“ überzeugt, da er ja „in Japan solche Fortschritte“ erreicht habe.

Am 17. März d. J. gab General MacArthur eine Erklärung ab, die als eine Konkretisierung des „neuen Kurses“ in seiner Nutzenanwendung auf Japan anzusehen ist. Er erklärte, die Zeit sei gekommen, mit diesem Land in kürzester Frist einen Friedensvertrag zu schließen und es unter nicht-militärische Kontrolle zu stellen. Japan habe bereits „viel zum Weltfrieden beigetragen (?), indem es sein souveränes Recht auf Kriegführung aufgegeben“ habe. Obwohl Japan in seiner neuen Verfassung nicht nur auf die Kriegführung, sondern überhaupt auf jegliche Armee Verzicht leistet, schlägt General MacArthur vor, den Japanern nach dem Friedensschluß zu gestatten,

„eine kleine militärische Verteidigungsorganisation zu schaffen oder ihnen, wie sie wünschen, zu erlauben, sich bezüglich ihrer Verteidigung gegen eine Aggression auf die geistig Fortgeschrittenen zu verlassen“.

Diese Umschreibung soll die Aufrechterhaltung der amerikanischen Kontrolle über Japan in ihrer neuen Form verhüllen.

General MacArthurs Erklärung enthält einiges nicht Uninteressante. Man erfährt daraus erstens, daß in Japan bereits eine Demokratie geschaffen worden ist, und daß nur ein „dem Totalitarismus ergebener Zyniker“ diese Tatsache bezweifeln könne; zweitens, daß man Japan keine großen Reparationen auferlegen dürfe, und drittens, daß das einzige Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise in Japan die Wiederherstellung seines Außenhandels sei.

Die englische konservative Zeitschrift „Spectator“, der man wohl kaum „Ergebenheit für den Totalitarismus“ zur Last legen kann, schreibt in ihrem am 21. März erschienenen Kommentar zu General MacArthurs Erklärung, das Vorhandensein einer Demokratie in Japan sei doch sehr

zweifelhaft. Tatsächlich weiß die ganze Welt, daß in diesem Lande die demokratische Bewegung des Volkes unterdrückt wird, daß die bürgerlichen Freiheiten verfälscht und die Überreste des Feudalismus noch immer unverändert beibehalten werden. Ein solches Land „demokratisch“ nennen kann nur jemand, dem es speziell darum zu tun ist, diejenigen zu unterstützen, die die demokratische Umgestaltung des Landes zu hindern suchen.

Besonderes Augenmerk verdient die Behauptung MacArthurs, daß Japan keine großen Reparationen auferlegt werden dürfen. In der Frage der japanischen Reparationen sind die USA zu einseitigen Handlungen übergegangen. Michael Mansfield, ein demokratisches Mitglied des USA-Kongresses, forderte kürzlich die Lösung der Reparationsfrage durch die USA allein, „ohne Rücksicht auf die Maßnahmen der Verbündeten“. Ganz so ist die USA-Regierung auch vorgegangen, als sie neulich General MacArthur eine „provisorische“ Direktive erteilte, die die sofortige Einziehung vorläufiger Reparationen in Japan gestattet. Die USA haben eigenmächtig, ohne die Fernostkommission um ihre Meinung zu befragen, festgesetzt, welchen Ländern diese vorläufigen Reparationen zu leisten sind, welche Mengen sie erhalten sollen (angeführt sind China, die Philippinen, Holland und England), und aus welchen Quellen diese Lieferungen zu erfolgen haben. McCoy, der amerikanische Vertreter in der Fernostkommission erklärt: „Die USA werden dem Programm der vorläufigen Vorschußleistungen zufolge selbst nichts erhalten.“ Dabei ist bekannt, daß die USA bereits eine namhafte Menge Gold, Platin, Silber, Brillanten und andere Kostbarkeiten sowie wertvolle Kunstgegenstände für viele Millionen Dollar aus Japan ausgeführt haben. Ferner haben sie zehntausende Tonnen Kautschuk, Zinn und andere strategische Rohstoffe, zehntausende Ballen Seide, die Ausrüstungen zahlreicher technischer Laboratorien und Betriebe ausgeführt.

Auf der anderen Seite sind gewisse amerikanische Kreise daran interessiert, die Einziehung der Reparationen in Japan in ihrem vollen Umfange zu verhindern, damit das Rüstungsindustriepotential dieses Landes erhalten bleibe. Als Atcheson, der amerikanische Vertreter im Alliiertenrat für Japan, seine Heimreise antrat, sprach er sich gegen eine Produktionseinschränkung in der japanischen Industrie aus und berief sich dabei auf die Wirtschaftskrise, die das Land durchmacht. Bekannt ist jedoch, daß der niedrige Stand der Industrieproduktion gegenwärtig in bedeutendem Maße auf das Bestreben der japanischen Industriellen zurückzuführen ist, sich vor Repara-

tionsleistungen zu drücken. Atcheson selbst gab Einblick in diese Dinge, als er dem Washingtoner Korrespondenten der United Press während eines Interviews erklärte:

„Jeder japanische Geschäftsmann und Industrielle wird nur äußerst ungern wiederaufbauen oder Transaktionen wiederaufnehmen, da unsicher ist, ob sein Betrieb nicht zu denen gehören wird, die für Reparationszwecke eingezogen werden sollen.“

Bekanntlich haben die Industriellen nach Japans Kapitulation die Produktionskapazität ihrer Betriebe in jeder Weise zu verheimlichen gesucht. Die amerikanische und die japanische Presse berichtete davon, wie in mehreren Fällen in Betrieben Maschinen abmontiert und versteckt wurden, um die alliierten Reparationsbehörden irrezuführen. In der gleichen Absicht bauschte die japanische Propaganda die Meldungen über die Zerstörungen auf, die die amerikanischen Bomber in der Industrie angerichtet haben. Aber selbst die von den Japanern veröffentlichten, zu niedrig angesetzten Ziffern über den Stand der Industrie zeigen, daß Japan nach Kriegsende sich ein bedeutendes Industriepotential bewahrt hat. Diese Tatsache wurde in der amerikanischen Presse wiederholt erwähnt.

Die Zeitschrift „Far Eastern Survey“ (Nr. 9, Jahrgang 1946) schrieb:

„Die Japaner geben selbst zu, daß sie auf ihren vier Inseln physisch noch immer Anlagen besitzen, die die höchste Kapazität bedeutend übersteigen, die je zur Deckung der Bedürfnisse ihres Volkes gedient hat.“

Wie die Agentur Kyodo Tsushin berichtet, hat schon nach der Trumanbotschaft vom 12. März eine Belebung auf dem japanischen Markt eingesetzt, nach der Erklärung MacArthurs aber waren auf der Tokioer Börse die Aktien der Mitsubishi und der Mitsu-Gesellschaft stark gefragt, die Atmosphäre in den Handels- und Industriekreisen „klärte sich stetig“. Yoshida, der bisher in jeder öffentlichen Rede die „hoffnungslos schwere Lage“ der japanischen Industrie besonders hervorgehoben hatte, wurde plötzlich optimistisch und erklärte: „Eine Wiederherstellung der Industrie ist innerhalb eines Jahres nach der Regelung der Reparationsfrage möglich.“

General MacArthurs Behauptung, die einzige Möglichkeit zur Versorgung der japanischen Bevölkerung mit Lebensmitteln sei die Wiederherstellung des Außenhandels, paßte den regierenden Kreisen Tokios ebenfalls sehr gut in den Kram. Die regierende Clique geht völlig über die wissenschaftlich nachgewiesene Möglichkeit hinweg, daß Japan sich durch eine radikale Bodenreform vom Lebensmittelimport gänzlich unabhängig machen kann, und sucht der Weltöffentlichkeit

weiszumachen, das japanische Volk müsse ohne importierte Lebensmittel Hungers sterben. Mit dieser Propaganda tarnt man das Bestreben der japanischen Oligarchie, ihre wirtschaftlichen Positionen zu behaupten und das Rüstungsindustriepotential wiederherzustellen. Die Berufung auf die Notwendigkeit eines Außenhandels gestattet den japanischen Konzernen zu manövrieren, um die Schwerindustrie und die Rüstungsindustrie unangetastet aufrechterhalten zu können.

Aber nicht nur die einheimischen Handels- und Industriekreise, sondern auch die amerikanischen Kaufleute fordern Japans Zulassung zum Weltmarkt. Sie möchten Japan in einen Absatzmarkt verwandeln, auf dem sie das Monopol innehaben. Wie kürzlich von japanischer Seite offiziell erklärt wurde, treffen jetzt schon solche Mengen von Rohbaumwolle aus Amerika ein, daß die Spinnereien sie nicht bewältigen können. Der Außenhandel Japans hat bereits ein bedeutendes Ausmaß erreicht. Er ist jedoch durchaus einseitig auf die USA eingestellt. Amerikanische Firmen genießen faktisch sowohl im Import als auch im Export Japans eine Monopolstellung. Rees-Williams, ein englischer Labourabgeordneter, erklärte kürzlich mißvergnügt, 1946 habe Japan seinen gesamten Import aus den USA bezogen, die auch rund 70 Prozent des japanischen Exports aufgekauft hätten.

Diese Sachlage ermöglicht es dem amerikanischen Kapital, in der Wirtschaft Japans immer fester Fuß zu fassen und sie sich unterzuordnen. Die erste Handelsdelegation unter Führung von Harry Dale Morgan und Harry Mitchell erschien in Japan in einem Augenblick, als die bevorstehende Auflösung der japanischen Konzerne, der Zaibatsu, eben gemeldet worden war. Seither nehmen die Pilgerfahrten der Überseekaufleute nach Japan kein Ende. Bekanntlich kaufen Amerikaner japanische Industriebetriebe auf. Das amerikanische Kapital hat nichts dagegen einzuwenden, daß Japan seine Stellung als Lieferant der asiatischen Märkte wieder einnimmt. Einerseits wird Japan als untergeordneter Kontrahent der USA die Entwicklung der Volkswirtschaft Chinas und anderer fernöstlicher Länder aufzuhalten haben, um sie im Zustand von Halbkolonien zu erhalten, andererseits soll Japan den USA helfen, Konkurrenten, in erster Linie Großbritannien, von den asiatischen Märkten zu verdrängen. Infolge des finanziellen Drucks, der auf England ausgeübt wurde, mußte es den Absatz indischer Baumwolle in Japan einstellen. Der forcierte Export amerikanischer Baumwolle nach Japan kann dazu führen, daß die billigen japanischen Textilien auf den fernöstlichen

Märkten mit den Erzeugnissen der englischen Industrie erfolgreich konkurrieren werden.

Das von den Interessen der amerikanischen Monopolherren diktierte amerikanische Wirtschaftsprogramm in bezug auf Japan schafft die ökonomische Grundlage für die Wiederauferstehung des japanischen Imperialismus.

Die vereinten Nationen haben sich nie die Aufgabe gestellt, Japan gänzlich seine Industrie und seinen Handel zu nehmen. In der Potsdamer Erklärung von 1945 heißt es vielmehr, daß Japan seine Friedensindustrie behalten und am Weltmarkt beteiligt sein soll. Bei der Lösung dieser Frage müssen aber vor allem die Interessen der internationalen Sicherheit richtungsgebend sein, was natürlich die Ausrodung der Wurzeln der japanischen Aggression in der Wirtschaft erforderlich macht.

Ausschlaggebend für die von Japan zu leistenden Reparationen sind sowohl die Aufgabe, sein Rüstungsindustriepotential zu liquidieren, als auch Gründe der elementaren Gerechtigkeit. Die von der japanischen Aggression in Mitleidenschaft gezogenen Länder müssen den ihnen rechtmäßig zustehenden Schadenersatz erhalten. Diese Frage gewinnt angesichts der bevorstehenden Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Japan immer mehr an Aktualität.

* * *

Trumans Kongreßbotschaft vom 12. März und die darauf erfolgte Erklärung MacArthurs wurden von den japanischen Reaktionären mit Begeisterung aufgenommen. Sie beeilten sich, den amerikanischen Behörden ihre Bereitschaft zur Teilnahme am „Weltkampf gegen den Kommunismus“ zu beteuern.

Yoshida weiß wahrscheinlich ganz gut, welche Rolle Japan in manchen amerikanischen Expansionsplänen zugeordnet ist. Die künftigen vertraglichen Beziehungen zu Japan denken sich die Manager des „neuen Kurses“ in der amerikanischen Außenpolitik so, daß die Herrschaft der USA über dieses Land verankert und daß die Möglichkeit geschaffen werden soll, Japan bei der Verwirklichung der fernöstlichen Expansionspläne als Werkzeug und Operationsbasis zu benutzen.

Auf der anderen Seite sehen die japanischen Imperialisten in dem Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus auch Chancen für die Verwirklichung ihrer eigenen Pläne. Nicht zufällig äußert Yoshida den Wunsch, die amerikanischen Truppen möchten nach dem Abschluß des Friedensvertrages noch unbegrenzte Zeit in Japan bleiben.

Wie in China so werden auch in Japan die Expansionspläne der USA mit antikommunistischen Losungen getarnt. In Wirklichkeit aber richtet

sich die amerikanische Politik, die zu einer Wiederauferstehung der aggressiven Kräfte in Japan und zur Festigung der volksfeindlichen Diktatur der feudalen Elemente in China führt, gegen alles, was der Errichtung der Weltherrschaft der USA hinderlich sein könnte, in erster Linie gegen die Volksmassen, deren Lebensinteressen eine Konso-

lidierung der Demokratie und eine Gewährleistung des Friedens fordern.

Aus dem Obigen geht klar hervor, daß der heutige Kurs in der fernöstlichen Politik der USA — mag man ihn nun neu oder alt nennen — den Frieden und die Schaffung der Grundlagen für die Sicherheit im Fernen Osten gefährdet.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE KEHRSEITE DER MEDAILLE

Die offiziellen Kreise der Türkei schreien die von dem Präsidenten Truman vorgeschlagenen Maßnahmen als eine große Wohltat für ihr Land aus. Presse und Rundfunk versichern dem türkischen Volk, diese Maßnahmen seien ein uneigennütziger Beitrag zur Sicherheit. Nuhreddin Artam, ein Rundfunkkommentator aus Ankara, erklärt z. B., Amerikas Hilfe für die Türkei sei „ein Element, daß die Konsolidierung des Friedens im Nahen Osten fördert“.

Die türkische Regierung möchte die Realisierung der amerikanischen Pläne beschleunigen. Der erste Schub der von ihr eingeladenen amerikanischen Spezialisten soll, wie gemeldet wird, in diesem Monat in der Türkei eintreffen.

Demgegenüber kann es nicht schaden, sich näher anzusehen, was die sogenannte Hilfe der USA für die Türkei in Wirklichkeit bedeutet. Eine recht deutliche Vorstellung von dieser Hilfe gibt der Gesetzentwurf, den Eaton, der Vorsitzende der Auswärtigen Kommission des Repräsentantenhauses, dem Kongreß unterbreitet hat. Diesem Gesetzentwurf zufolge soll die Türkei erstens Vertreter der USA als Beobachter bei der Verteilung der bereitgestellten Mittel zulassen. Zweitens soll die türkische Regierung kein Recht haben, über die empfangenen Materialien ohne die Zustimmung der USA-Regierung frei zu verfügen. Drittens wird der Vorbehalt gemacht, daß die Hilfe „von Zeit zu Zeit“ gewährt wird, „sobald er (der Präsident) entscheidet, daß dies den Interessen der USA entspricht“. Der Gesetzentwurf verlangt, abgesehen von allem anderen, besondere Privilegien für die Vertreter der Presse und des Rundfunks der USA.

Auf diese Weise sichern sich die USA, ohne irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen,

die Möglichkeit, sich ungehindert in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen. Besonders deutlich tritt diese wirkliche Natur der Unterstützung in der beabsichtigten Entsendung amerikanischer Militär- und Zivilfachleute nach der Türkei zutage. Man errät unschwer, daß diese Instruktoren die wirklichen Herren im Lande werden sollen. Im Lichte aller dieser Maßnahmen ist es klar, daß die Verpflichtungen, die die amerikanische „Hilfe“ nach sich zieht, mit der nationalen Souveränität unvereinbar sind. Das ist die Kehrseite der Medaille.

Trotz des offiziellen Optimismus, der von den regierenden Kreisen der Türkei zur Schau getragen wird, versteht man das im Lande sehr wohl. André Clot von der Agentur France Presse meldet aus Ankara, die Mitteilung über die Bedingungen der amerikanischen „Hilfe“ hätte in der Türkei eine „gewisse Bestürzung“ hervorgerufen. In einigen Presseorganen sind schüchterne Anspielungen des Inhalts aufgetaucht, man müßte versuchen, „die Anleihebedingungen zu korrigieren“.

Die Lage in der Türkei ist aber derart, daß das Volk bei der Entscheidung über lebenswichtige Fragen nicht mitreden darf. Sehr zweifelhaft ist es, ob der gesunde Menschenverstand die Oberhand gewinnt über die eigennützigen Interessen der hauchdünnen regierenden Schichten.

DER NEUE KÖNIG VON GRIECHENLAND

Nach dem plötzlichen Ableben des griechischen Königs Georg II. (der am 1. April in Athen gestorben ist), ist sein Bruder Paul zum König ausgerufen worden. Die Persönlichkeit des Mannes, der in dem leidgeprüften Lande den Thron geerbt hat, zieht natürlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich.

Der neue griechische König stammt väterlicherseits aus dem deutschen Fürstenhaus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Seine Mutter, Sophie von Hohenzollern, war eine preußische Prinzessin, eine Schwester Kaiser Wilhelms II. Seine Gemahlin ist die hannoversche Prinzessin Friederike Louise.

Deutsche Dynastien haben bekanntlich viele Länder Europas mit Königen beliefert. Griechenland aber hat sich wohl als eine der am wenigsten gastfreundlichen Empfängerländer erwiesen.

Seitdem die Großmächte vor 117 Jahren den deutschen Prinzen Otto von Bayern zum König der Hellenen ernannten, haben dort nacheinander vier Thronwechsel stattgefunden. Otto I. wurde 1862 aus Griechenland vertrieben. Georg I. wurde 1913 ermordet. Sein Sohn Konstantin wurde 1917 gestürzt. Konstantin gewann bald den Thron zurück, aber 1922 wurde er erneut zum Thronverzicht gezwungen und starb im Exil.

Im Jahre 1923 begann die unruhige Regierungszeit seines ältesten Sohnes — Georgs II. Dieser Monarch wurde im gleichen Jahre, einige Monate nach der Thronbesteigung verjagt. Etwas später wurde in Griechenland die Republik ausgerufen. Mit der Restauration der Monarchie 1935 kehrte Georg II. ins Land zurück, mußte dann jedoch: abermals emigrieren, als die Faschisten aus seiner nächsten Umgebung das Land an die Hitlerfaschisten verrieten.

Unter welchen Umständen Georg II. aufs neue dem griechischen Volk aufgezwungen wurde, ist genügend bekannt. Seine letzte Regierungsepisode dauerte nur vom Sommer 1946 bis zum 1. April 1947, an welchem Tage er ganz unerwartet in seinem Palast starb.

Sein Nachfolger König Paul wurde 1901 in Athen geboren. Einen bedeutenden Teil seines Lebens hat er außerhalb Griechenlands zugebracht. Von 1924 bis 1935 befand er sich gemeinsam mit seinem Bruder in der Verbannung, größtenteils in England. Die Jahre der folgenden Emigration (1940—1944) brachte er abermals in England zu, außerdem in Ägypten, im Mittleren Osten, in Südafrika und in den USA. Pressemeldungen zufolge besitzt Paul keine Erfahrungen in Staatsgeschäften, abgesehen von der aufmerksamen Begönnerung der Boy Scouts und der Phalangisten (einer nationalistischen Organisation, die während des faschistischen Metaxasregimes geschaffen wurde). Seiner politischen Einstellung nach ist Paul zweifellos ein ebensolcher Reaktionsär wie sein Vorgänger, obgleich er es in seinen Wanderjahren gelernt hat, sich einer primitiven demagogischen Phraseologie zu bedienen.

Ein Teil der Auslandspresse versucht, dem neuen König ein gewisses Renommee zu verschaffen,

und sei es selbst auf Kosten der Reputation des seligen Georg. Die Zeitungen kritisieren den verstorbenen Georg dafür, daß es ihm nicht gelungen ist, die Ordnung in Griechenland wiederherzustellen. Mißbilligend schildern sie seinen Anteil an der Aufrichtung der Diktatur des Generals Metaxas als eine „bedauerliche Episode“ und sprechen von seinen Verbindungen mit Faschisten. Die Persönlichkeit König Georgs hat nach Meinung der „Times“ auf die Situation in Griechenland nicht den Einfluß ausgeübt, auf den die Anhänger der Monarchie gerechnet hatten.

„Daily Telegraph and Morning Post“ bemerkt, Pauls Thronbesteigung falle zusammen „mit dem Augenblick, wo die Rolle, die in Griechenland die Briten gespielt haben, wahrscheinlich an die USA übergehen wird“. Auf dem Boden der Realität verbleibend, konstatiert der Leitartikler des „Daily Telegraph and Morning Post“, der Erfolg der Tätigkeit des neuen Königs hänge „eher von äußeren Einflüssen ab als vom Willen der Griechen selbst“.

Eine sehr begründete Bemerkung. Fragt man die Griechen selbst, so werden sie schwerlich sich die Zustände wünschen, die in ihrem Lande durch das rücksichtslose Schalten und Walten der angelsächsischen Mächte und ihrer gekrönten deutschblütigen Kreaturen hergestellt werden.

ZUR LAGE IN INDOCHINA

Nach mehrtägigen, ziemlich stürmischen Debatten hat die französische Nationalversammlung neue Kriegskredite für Maßnahmen in Indochina bewilligt. Die Mitglieder der kommunistischen Fraktion, die Fraktion der Muselmanen und die Abgeordneten von Madagaskar enthielten sich der Stimme. Die Schärfe der französischen Parlamentsdebatten ist ein Beweis für die ernste Unzufriedenheit der demokratischen Öffentlichkeit Frankreichs mit der Politik in der indochinesischen Frage.

Fast vier Monate lang führen die französischen Truppen in Nordindochina Kämpfe gegen die Republik Vietnam. Obwohl unvergleichlich besser bewaffnet und ausgerüstet, sind die französischen Truppenverbände dennoch nicht imstande, die Armee der jungen Republik zu erdrücken. Die Gewalttaten der französischen Soldateska an der Zivilbevölkerung bringen das Volk noch stärker gegen die Versuche auf, das Kolonialregime im Lande wiederherzustellen.

Die demokratischen Kreise Frankreichs verlangen eine Schlichtung des französisch-indochinesischen Konflikts auf friedlichem Wege und ein Abkommen mit der Regierung der Republik Vietnam. Durch diesen Druck der Volksmassen

Frankreichs einerseits und andererseits durch die Vergeblichkeit der Versuche, das frühere Kolonialregime in Indochina mit Gewalt wiederherzustellen, erklären sich offensichtlich auch einige neue Erscheinungen in der Politik der französischen Behörden in der indochinesischen Frage.

Anfang Februar erfuhr man vom Rücktritt Admiral d'Argenlieus, des französischen Hohen Kommissars in Indochina, dessen grausame Repressalien gegenüber dem Volk von Vietnam in der demokratischen Öffentlichkeit Frankreichs große Empörung ausgelöst haben. In offiziellen Kreisen Frankreichs streicht man die Verdienste des Admirals heraus — er wurde sogar mit einer Kriegsmedaille dekoriert. Die Presse bemerkte jedoch, d'Argenlieus Rücktritt hänge unmittelbar zusammen mit den von den französischen Truppen in Indochina verübten Gewalttaten. Der „Parisien libéré“ z. B. erklärte:

„Zwecks endgültiger Beruhigung und Befriedigung müssen in die Administration neue Elemente hineingezogen werden, deren Namen nicht an verübte Greuel erinnern.“

Bald nach der Mitteilung über den Rücktritt d'Argenlieus schickte die Regierung Ramadier den Sozialisten Eugène Thomas, einen Abgeordneten der Nationalversammlung, nach Indochina, der, nachdem er sich im Lande umgesehen hatte, erklärte, die Kriegshandlungen müßten so schnell wie möglich eingestellt werden.

Die Regierung Vietnams ihrerseits hat erneut zur friedlichen Beilegung des Konflikts aufgefordert. In der zweiten Märzhälfte gab der Vietnamer Rundfunk eine Erklärung Hschiminh, des Vorsitzenden der Regierung Vietnams durch, worin mitgeteilt wurde, das Vietnamer Volk sei zu freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Frankreich bereit, falls dieses die Unabhängigkeit und Einheit des Landes anerkenne. Hschiminh betonte:

„Wenn Frankreich jedoch darauf rechnet, das Kolonialregime in Vietnam wiederherstellen zu können, so wird unser Volk den Kampf fortsetzen.“

Gleichzeitig forderte Trannguendanh, der Führer der Vietnamer Delegation in Paris, Frankreich im Auftrage seiner Regierung auf, die Kriegshandlungen einzustellen.

Es stellte sich jedoch heraus, daß die Kreise, die die Wiederherstellung ihrer Kolonialherrschaft in Indochina anstreben, in der französischen Regierung den Ton angeben. Die französischen Behörden haben es abgelehnt, mit der Regierung Vietnams Verhandlungen zu führen und die rechtsstehende Presse behauptet gerücheweise, diese Regierung existiere gar nicht.

Moutet, der Minister für überseeische Besitzungen, erklärte in der Nationalversammlung: „Seit dem 19. Dezember hat niemand Hschiminh gesehen, und man weiß nicht einmal, ob er noch lebt.“ Das Ministerium für überseeische Besitzungen hat erklärt, es erkenne Trannguendanh nicht als Vertreter Vietnams an und betrachte seine Aufforderung „als rein propagandistisch“. Um die Regierung Vietnams zu diskreditieren, haben die französischen Behörden den stellvertretenden Führer der Vietnamer Delegation in Paris, Dungbachkai, verhaften lassen.

Die Absichten der französischen Kolonisatoren verrät derjenige Teil der Presse, der, nachdem Emile Bollaert an Stelle d'Argenlieus zum Hohen Kommissar in Indochina ernannt worden war, diesem nachdrücklich den Rat gab, einen Menschen oder eine Gruppierung zu finden, „die die öffentliche Meinung Annams wirklich repräsentiert“. Mit anderen Worten, es handelt sich um Versuche, die Republik Vietnam von innen heraus zu sprengen. Die französischen Behörden glauben dort Leute finden zu können, die die Sache der Befreiung ihrer Heimat verraten und ihnen helfen werden, das Kolonialregime in dieser oder jener Form wiederaufzurichten.

Reuter berichtete Mitte März, in Hongkong sei heimlich „eine französische offizielle Persönlichkeit“ mit einigen emigrierten Führern Annams zusammengetroffen, die Annam „die Unabhängigkeit innerhalb des Französischen Bundes“ wünschen und gegen das Programm der jetzigen Regierung Vietnams auftreten.

Bis auf den heutigen Tag jedoch verteidigen die Völker Indochinas erfolgreich ihre Unabhängigkeit. Man muß hoffen, daß es ihnen gelingt, auch den neuen Manövern ihrer Feinde standzuhalten.

ÜBER DIE NATIONALISIERUNG DER INDUSTRIE IN ENGLAND

Der Birminghamer Gewerkschaftsrat hat eine Erklärung veröffentlicht, worin eine Rede scharf kritisiert wird, die Hauptmann Blackburn, ein labouristischer Vertreter Birminghams im Parlament, kürzlich gehalten hat. Blackburn machte den Vorschlag, die geplante Nationalisierung der englischen Industrie aufzuschieben und auf Lohn-erhöhungen zu verzichten. In der Erklärung der Birminghamer Trade-Unions heißt es:

„Blackburns jüngste Bemühung war, dem Glauben Ausdruck zu geben, daß Großbritannien einem Unheil entgegengeht, und daß ein Mittel, uns zu retten, darin besteht, dem Privatunternehmen zu helfen und gleichzeitig die Löhne zu stabilisieren.“

Wir von der Gewerkschaftsbewegung haben schon zu viele Opponenten, die mit Vorschlägen kommen,

daß keine Lohnerhöhungen gestattet werden sollten, als daß Labourabgeordnete ihre Kräfte denen dieser reaktionären Unternehmer beigesellen dürften."

Diese Erklärung des Birminghamer Gewerkschaftsrats widerspiegelt den Kampf, den die Kräfte der Reaktion und die Kräfte des Fortschritts um die Entwicklungswege Englands, um seine Zukunft miteinander führen.

Die Magnaten der City sind darauf bedacht, alle Schwierigkeiten des Nachkriegsaufbaus der englischen Wirtschaft auf die Schultern der Arbeiterklasse zuwälzen.

Das von der Regierung am 21. Februar d. J. unter dem Titel „Ökonomische Perspektive (Survey) für 1947“ veröffentlichte Weißbuch, das zwecks Überwindung der Schwierigkeiten in erster Linie eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität jedes Arbeiters empfiehlt, führt aus, die Regierung sei ein Gegner der Arbeitszeitverkürzungen und der Lohnerhöhungen.

Dieses Regierungsprogramm hat ebenso wie die vorgeschlagene Einfuhr billiger ausländischer Arbeitskräfte die volle Unterstützung der konservativen Presse gefunden.

Kennzeichnend ist, daß im Lager der Konservativen nach einem ersten Anfall von Unruhe über die Nationalisierungsprojekte eine erheblich ruhigere Haltung gegenüber diesen Projekten Platz gegriffen hat. In der Konservativen Partei hat man offenbar begriffen, daß die Nationalisierung in der Praxis etwas anders aussieht als in den Wahlreden der Labourführer. Als Eden auf einer Versammlung in Warwick gegen die Nationalisierung der Industrie protestierte und erklärte, die Konservativen würden es schwer haben, im Falle ihrer Rückkehr zur Macht, „das Rührei wieder in ganze Eier zu verwandeln“ (to unscramble the eggs), da rechnete er offenbar nicht ohne Grund damit, daß viele — und zwar ziemlich große — „Eier“ ganz bleiben würden.

DER BERANPROZESS

Vom 31. Januar bis zum 2. April wurde in Prag gegen eine Gruppe von Verrätern, die an der Regierung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ beteiligt waren, nämlich gegen Rudolf Beran, General Syrový, Havelka, Černý und Fišer, verhandelt.

Der Hauptangeklagte Beran war anderthalb Jahrzehnte lang Leiter der Agrarpartei (der sogenannten Republikanischen Partei), die in der Geschichte der Tschechoslowakischen Republik eine verderbliche Rolle gespielt hat. Ein mit dem tschechisch-deutschen Finanzkapital eng verbundener Großgrundbesitzer, orientierte sich Beran in seiner politischen Tätigkeit auf die Zusammenarbeit mit dem deutschen Faschismus und seiner

Agentur in der Tschechoslowakei, der Henleinpartei.

Die Agrarpartei, die 1937/38 in der Koalitionsregierung die Mehrheit hatte, führte gemeinsam mit den Henleinleuten und den slowakischen Separatisten das Land zur Katastrophe von 1939. Die Minister der Agrarier, darunter auch der auf der Anklagebank sitzende frühere Innenminister Černý, unterstützten die Henleinleute, die das Sudetengebiet in ein Aufmarschterrain für bewaffnete Aktionen gegen die Tschechoslowakische Republik verwandelten. Černý legalisierte die Henleinschen Sturmabteilungen. Mit Wissen des Innenministeriums wurden Waffen aus Deutschland nach dem Sudetengebiet eingeführt. Nicht ohne Wissen Berans und Černýs wurde Anfang September 1938 der Henleinputsch organisiert.

Wie vor Gericht klargestellt worden ist, hat Beran nicht nur mit Henlein, sondern auch mit Eisenlohr, Hitlers Gesandten in Prag, Verbindungen unterhalten. Nach München erhielt Beran von Hitler den Auftrag, ein faschistisches Regime im Lande zu errichten. Als Beran bereits Ministerpräsident war, nötigte er den Präsidenten Beneš zum Rücktritt, löste alle demokratischen Parteien und Gewerkschaften auf und beseitigte die Reste des demokratischen Regimes und der Unabhängigkeit des Landes. Die Beranregierung trat der separatistischen Aktion Tisos nicht entgegen, der am 14. März 1939 die Lostrennung der Slowakei proklamierte. Mit Zustimmung Berans reiste der Marionettenpräsident Hacha am 14. März nach Berlin, um den schmählichen Akt über die Kapitulation der Tschechoslowakei und ihren Anschluß an Hitlers Reich zu unterzeichnen. Durch Verschulden Berans und seines Schildknappen General Syrový wurde die Tschechoslowakei der Hitlerbestie, ohne einen einzigen Schuß zu lösen, zum Fraße vorgeworfen. Auch nach dem 15. März 1939 blieb Beran eine Zeitlang an der Spitze der „Regierung“ des Protektorats, die nur als eine spanische Wand diente für die Willkür der faschistischen deutschen Okkupanten.

General Syrový war gleichfalls ein treuer Lackai Hitlers. Er war Berans Hauptgehilfe bei der Zerschlagung der demokratischen Bewegung. Er besiegelte am 15. März 1939 durch seine Unterschrift Hachas und Berans Kapitulationsbefehl und verhinderte es, daß die tschechoslowakische Armee gegen die ins Land eingebrochenen Heerhaufen Hitlers vorging.

Das Gerichtsverfahren gegen Beran und seine Spießgesellen ist von breiten Kreisen der Öffentlichkeit der Tschechoslowakei mit tiefer Befriedigung aufgenommen worden. Das Volk fordert strenge Bestrafung der Verbrecher.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

(Reisenotizen)

P. TROJANOWSKI

DER „BLAUE EXPRESS“ Brest—Berlin passiert langsam die Oderbrücke. In der Ferne zeigen sich die Häuser von Frankfurt. Wir befinden uns in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Zum erstenmal legten wir den Weg von der Oder nach Berlin 1945 zurück, als die Sowjettruppen die letzte Verteidigungsstellung Hitlerdeutschlands durchbrachen.

Im Westen gaben die Deutschen damals Hunderte von Städten auf, ohne einen einzigen Schuß zu feuern, vor Berlin aber kämpften sie erbittert bis zum 2. Mai 1945.

Infolge der Kämpfe ist das ganze Gebiet zwischen Oder und Berlin ein einziger Trümmerhaufen. In Westdeutschland hat der Krieg nur in einigen durch Bombenangriffe der alliierten Luftflotten zerstörten Städten seine Spuren hinterlassen. Bei Berlin aber gibt es keine Ortschaft, die nicht unter den Gefechten gelitten hätte.

Im März dieses Jahres führen wir nun im Kraftwagen dieselbe Strecke, auf der die Sowjetarmee vor zwei Jahren nach Berlin vorrückte.

Die erste größere Ortschaft auf unserem Weg war Seelow. Nach den Kämpfen war hier kein einziges Haus heil geblieben und unsere Armee traf auf den mit Schutt und Ziegeln bedeckten Straßen keine Menschenseele an. Jetzt war schon von weitem zu erkennen, daß Seelow wiederauflebt. Am Südrand des Ortes rauchte ein Fabrikschlot, auf der Chaussee arbeiteten junge Mädchen und Burschen, auf den Feldern rings um die Stadt lagen dunkle Düngerhaufen.

Die Ruinen der niedergebrannten Häuser standen noch da, neben ihnen aber blinkten die Fenster instand gesetzter Wohnungen in der Sonne. Auf der Hauptstraße fuhren Kinder Schlitten, Schuljugend bevölkerte die Bürgersteige, ein Zeitungsjunge bot eine Berliner Abendzeitung feil.

Hinter Seelow sahen wir abseits von der Chaussee ein ebenerdiges Haus mit einem neuen Zaun. Am Tor stand ein älterer Mann. Es war Paul Hugenberg, ein Neubauer, wie man in Deutschland die Leute nennt, die durch die in der Sowjetzone durchgeführte Bodenreform Land erhalten haben. Hugenberg hatte sein ganzes Leben als Bäcker beim Seelower Gutsbesitzer gearbeitet.

Im vorigen Jahr aber erhielt er Boden sowie einen Kredit für den Hausbau. . .

Je mehr wir uns Berlin nähern, desto lärmender und bevölkerter sind Städte und Dörfer, desto häufiger sieht man rauchende Fabrikschornsteine, desto mehr Kraftwagen und Radfahrer kommen einem entgegen.

Der Neubauer ist eine für die sowjetische Besatzungszone äußerst charakteristische Erscheinung. Durch die Bodenreform verändert sich das Antlitz des deutschen Dorfes.

Jedes beliebige Dorf Sachsens, Thüringens, Mecklenburgs und Brandenburgs beweist das. Wir kamen in das thüringische Dorf Nieder-Roßla. Es hat 5000 Einwohner. 500 wurden seinerzeit zur Wehrmacht eingezogen, 170 sind gefallen, 56 als Krüppel heimgekehrt. Es gibt 100 Witwen und Waisen im Dorf. Der größte Grundbesitzer dieses Landkreises war der Kriegsverbrecher, Henker und Sklavenhändler Sauckel, der frühere Gauleiter von Thüringen, den in Nürnberg der verdiente Strick ereilt hat.

Nieder-Roßla gehört zu den ersten Dörfern, in denen die Bodenreform durchgeführt wurde. 205 ha Acker- und Weideland wurden unter den Bauern aufgeteilt. In erster Linie wurden die Landarbeiter, die landarmen Bauern und die Umsiedler mit Boden bedacht. Die Neubauern rüsten jetzt zur Aussaat.

Der Umsiedler Walter Teiner baut sich ein Haus. Die Regierung von Thüringen hat ihm ein Darlehen bewilligt sowie Ziegel und sonstiges Baumaterial angewiesen. Er hat noch nie ein eigenes Haus besessen.

In Nieder-Roßla sind 45 Bodenanteile verteilt worden. In der gesamten Sowjetzone haben insgesamt 389 519 Bauernfamilien Boden erhalten, der den junkerlichen Gutsbesitzern abgenommen wurde, die stets einen Rückhalt des deutschen Imperialismus bildeten. Die Liquidierung des junkerlichen Bodenbesitzes in der Sowjetzone ist für die Ausrottung der Wurzeln der deutschen Aggression und für die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft von weittragender Bedeutung. Statt der preußischen Junker und der faschistischen Würdenträger besitzt die werktätige Bauernschaft den Boden. Die Militärverwaltung der Zone ergreift Maßnahmen zur Fortentwick-

lung der Landwirtschaft. In diesem Jahr werden die Bauern 120 000 t Stickstoffdünger und 50 000 t Kalidünger mehr erhalten als im Vorjahr. Landwirtschaftliche Maschinen sollen für 30 Millionen Mark mehr hergestellt werden als 1946. Für das erste Halbjahr 1947 werden der Bauernschaft 50 000 t Brennstoff zur Verfügung gestellt.

* * *

In Karolinenhof, Groß-Berlin, übernachteten wir bei dem Lehrer Karl Fustadt. Abends erzählte er mir seine Geschichte.

Im Januar d. J. ist er 58 Jahre alt geworden. Er hat 32 Jahre unterrichtet und war 25 Jahre lang Funktionär der SPD. Zwei seiner Söhne sind gefallen. Als sich die Front Karolinenhof näherte, fuhr der alte Lehrer mit seinen Töchtern und Enkelkindern zu Verwandten nach Hamburg. Das war im April 1945.

„Ich dachte“, erzählte Karl Fustadt, „daß es uns in Hamburg auf jeden Fall besser gehen wird. Ich stellte mir vor, daß die Engländer den Deutschen näherstehen als die Russen. Ich bin ein alter Sozialdemokrat und meinte, in Hamburg müßte man mich verstehen und mir helfen.“

Als er nach etwa drei Monaten einmal morgens eine Hamburger Zeitung durchblätterte, traute er seinen Augen nicht. Auf der zweiten Seite sah er das Bild seiner jüngsten Tochter Martha mit der auffälligen Unterschrift: „Der GPU entronnen“.

Karl Fustadt warf die Zeitung beiseite und rief laut seine Tochter Martha. Statt ihrer erschien die ältere Tochter Helga.

„Hast du gelesen, was da steht?“

„Ja“, antwortete Helga lächelnd.

„Hast du auch gelesen, daß die GPU Martha ein Auge ausgeschlagen hat?“

„Ja“, antwortete Helga wieder. „Aber was kümmert dich das, Papa? Das schreibt man doch nur über die Russen.“

Der Alte war mit seiner Tochter nicht einverstanden. Über die Russen sollte man alles schreiben können, was man wollte? Wozu mußte man aber so faustdick lügen? Martha war nie bei den Russen gewesen, sie hatte ihr rechtes Auge schon als Kind verloren.

Abends kam Martha nach Hause, und nun klärte sich die Sache auf. Für die Einwilligung, ihr Bild veröffentlichen zu lassen, hatte sie zwei Schachteln englische Zigaretten und eine Tafel Schokolade bekommen.

„Begreif doch, Papa“, drang sie in ihn, „nicht für mich habe ich die Schokolade genommen, sondern für mein Christinchen...“

Karl Fustadt mußte nun daran denken, Arbeit zu finden. Der Beamte las umständlich die Papiere des Flüchtlings, und als er daraus ersah, daß dieser zwei Jahre in einem Hitlerschen Konzentrationslager gegessen hatte, sagte er entschieden:

„Leider ist Ihr Lebenslauf nicht ganz in Ordnung. Uns ist verboten worden, solche Leute wie Sie mit der Erziehung der deutschen Jugend zu betrauen.“

Der Ortsleiter der Sozialdemokratischen Partei, an den sich der Lehrer um Hilfe wandte, hörte ihn an und sagte:

„Sie sind zu sehr Sozialdemokrat, Herr Fustadt. Trotzdem wollen wir Ihnen Arbeit geben. Mein Rat aber ist, weniger an das Konzentrationslager zurückzudenken, in dem Sie gegessen haben.“

Karl Fustadt wurde Zeitungshändler.

„Schwer hatten wir's in Hamburg“, erzählte er. „Wir tauschten alles, was wir aus Karolinenhof mitgebracht hatten, gegen Brot und Fett ein. Das schlimmste aber war, daß die alten Nazi-beamten weiter in der Stadt am Ruder waren. Ich sah unter ihnen ehemalige SA-Leute, SS-Leute und Gestapobeamte. Ich wollte lieber zurück nach Hause, nach Karolinenhof. Weder meine Töchter noch meine Verwandten billigten meinen Entschluß. Ich ließ mich aber nicht von meinem Vorsatz abbringen, schloß mich einem Kriegsgefangenentransport an und kam so in die Sowjetzone... Seit einem Jahr arbeite ich nun wieder als Lehrer. Ich will nicht sagen, daß es hier ohne Schwierigkeiten abgegangen ist, aber ich arbeite wenigstens in meinem Fach, wohne in meinem Haus, und niemand wirft mir vor, im Konzentrationslager gegessen zu haben oder ein zu eifriger Sozialdemokrat gewesen zu sein.“

„Und Ihre Töchter?“ fragten wir.

„Die sind in Hamburg. Hier, lesen Sie, was Martha schreibt.“

Karl Fustadt reichte mir einen Brief vom Dezember v. J. Die Tochter schrieb (dieser Brief und der folgende sind aus dem Russischen zurückübersetzt: — *Die Red.*):

„Lieber Papa, Deinen Brief haben wir erhalten, er hat uns sehr bewegt... Wir schlagen uns durch, so gut es eben geht. Wir wohnen noch immer im Keller, in den nächsten fünfzig Jahren werden wohl sicher keine Wohnhäuser für die kleinen Leute gebaut werden. Bauen können wie auch früher nur solche, die mit Hitler zusammengearbeitet haben...“

Karl Fustadt zeigte uns noch einen anderen Brief, den sein Nachbar aus dem ebenfalls in der britischen Zone gelegenen Dortmund erhalten hat. Der Brief stammte von einem Bekannten, dem Bergarbeiter Otto Hingel. Darin hieß es:

„Du schreibst, daß Du im Rahmen der Reform 7 ha Land bekommen hast. Ich begreife Deine Freude. Endlich bist Du ein Mensch geworden. Über mich habe ich nichts Gutes zu berichten. Bei uns ist alles beim alten, nichts hat sich geändert. Ich arbeite hier schon 17 Jahre, davon 6 Jahre als Steiger. Heute bin ich, trotzdem ich vier Kinder zu ernähren habe, entlassen worden, da man angeblich abbaut. Ich weiß, was 'Abbau' bedeutet. Ich gehöre zu dem zweiten Hundert Antifaschisten, die in der letzten Zeit von unserer Verwaltung 'abgebaut' werden... Die Inspektoren sind die alten, die Parteiführer die alten, die Besitzer die alten...“

* * *

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gibt es zahlreiche Betriebe. In welche Stadt man auch kommt, welche Straße man auch entlangfährt, überall sieht man Fabriken, in denen gearbeitet wird. Es gibt in der Zone nicht eine einzige kleinere oder größere Stadt, die den Städten der Westzonen, dem heutigen Hamburg, München oder Bochum, gleiche. Dort liegen gut die Hälfte, manchmal auch drei Viertel aller Betriebe still, oder sie produzieren Kinderwagen statt Eisenbahnwaggons, Feuerzeuge statt Lokomotiven, Küchenmesser statt landwirtschaftlicher Maschinen, Haarnadeln statt Elektroapparaturen.

In der Sowjetzone sind alle Kriegsbetriebe liquidiert. Die Fabriken der Friedensindustrie aber sind zum größten Teil in Betrieb.

In den Bergen bei Saalfeld lodern Tag und Nacht die Hochöfen des Werks Maximilianshütte, das von den thüringischen Behörden verwaltet wird. Auch das Walzwerk ist in Betrieb. Die Maximilianshütte beschäftigt rund 3500 Arbeiter.

In den Gothaer und Weimarer Werken werden Güter- und Personenwaggons gebaut. Ihre Produktion ist für die gesamte Zone von großer Bedeutung. Als die amerikanischen Truppen Leipzig, Weimar und andere Gegenden räumten, führten sie einen großen Teil des rollenden Materials mit nach Westen. So nahmen sie aus Thüringen allein etwa zehntausend Waggons mit.

Im Bezirk Chemnitz sind einige hundert Textilfabriken in Betrieb, die dort hergestellten Trikotagen und Kunstseidenerzeugnisse, das Garn und die fertigen Stoffe werden in alle Gebiete Deutschlands, auch in die Westzonen, versandt, sie werden sogar nach Skandinavien, nach der Schweiz und in andere Länder exportiert. Als Gegenleistung erhält die Sowjetzone Rohstoffe, Düngemittel, Chemikalien, Fische...

An einem frostigen Wintertag fuhren wir an einem Braunkohlenlager bei Bitterfeld vorbei.

Hier wird die Kohle im Übertagebau von jeher mit zwei Methoden gewonnen, auf hydraulischem Wege und mit Hilfe von Baggern. Bei dem ersten Verfahren werden die Kohenschichten von starken Wasserstrahlen zerschlagen und

ausgewaschen. Die entstehende breiige Masse wird durch große Eisenrohre in die Fabriken gepumpt, wo man Briketts aus ihr formt. Im anderen Fall wird die Kohle durch Bagger gefördert, kleingeschlagen und in Loren und Güterwagen verladen, die von elektrischen Triebwagen und Lokomotiven ebenfalls in die Brikettfabriken gebracht werden.

In der letzten Zeit hat die gesamte Kohlenförderung der Sowjetzone ihren Vorkriegsstand beinahe erreicht. Auf Initiative der SED und der Gewerkschaften haben die Arbeiter der Kohlengruben freiwillig einen Sonntag im Monat gearbeitet und die Ausbeute dieses Tages der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Durch den Frost war die Arbeit erschwert. Wir sahen Tausende von Menschen beim Schneeschleppen.

Unweit von Bitterfeld gibt es eine Metallwarenfabrik, die kürzlich von der Gemeindeverwaltung übernommen wurde. Der frühere Besitzer wurde von der Denazifizierungsspruchkammer verurteilt. Hermann Obel, der Betriebsratsvorsitzende, zeigte mir die Fabrik. Hier arbeiten neben Männern auch Frauen. Wir interessierten uns für die Löhne. In Deutschland wurden die Frauen immer schlechter bezahlt als die Männer. Hanni Weimann, eine ältere Frau, die als Schlosser arbeitet, sagte:

„Ich bekomme den gleichen Lohn wie ein Mann...“

Auf Anordnung der sowjetischen Militärverwaltung ist in allen Betrieben, Büros und Ämtern der Zone gleicher Lohn bei gleicher Arbeit für Männer und Frauen eingeführt worden.

Auf dem Fabrikhof erblickte ich zwei eigenartig konstruierte Kraftwagen. Mein Begleiter erklärte mir, dies seien fahrbare Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Geräte, die die Arbeiter der Fabrik gebaut hätten.

„Unsere Arbeiter helfen den Bauern schon das zweite Jahr“, fügte Hermann Obel hinzu.

Dies sind einige Tatsachen, die den Stand der Industrie in der Sowjetzone kennzeichnen. Wollte man den englischen und amerikanischen Zeitungen Glauben schenken, so hätte die Wiedergutmachungspolitik der Sowjetbehörden die Volkswirtschaft der Zone gänzlich in Verfall bringen müssen. Die Tatsachen bezeugen aber das genaue Gegenteil. Bei unentwegter und rascher Verwirklichung des Reparationsprogramms ist die Volkswirtschaft der Zone mit Erfolg auf friedliche Geleise umgestellt worden.

* * *

Berlin ist sowohl das Zentrum der sowjetischen Besatzungszone als auch die „fünfte Zone“ Deutschlands. Kehrt man von einer Reise durch

die Sowjetzone zurück, dann fällt einem in der Hauptstadt Deutschlands manches ganz besonders auf.

Im Winter ist Berlin grau und unansehnlich. Auf den Straßen liegen hohe Schneehaufen mit schmalen Durchgängen für die Passanten. Die Kohlen reichen nicht aus. Es gibt viele Bettler und noch mehr Schieber, die alles, Kohle, Zigaretten, Butter, Speck, haben. Wo sie das herbekommen, ist unbegreiflich. Bekannt ist aber z. B., daß man im amerikanischen Sektor bei den Schiebern die Kohle tonnenweise kaufen kann. Im englischen Sektor wird ein schwunghafter Handel mit Fetten getrieben, die Polizei und die Behörden sehen den Schiebern durch die Finger.

Das Leben und Treiben in den westlichen Sektoren Berlins wirkt ganz anders als das in der Sowjetzone. Durch die Straßen ziehen Rudel angefressener und häufig betrunkenen „versetzter Personen“. Auf irgendeine Weise sind diese Leute aus den westdeutschen Zonen nach Berlin gelangt, wo sie von irgendwelchen Leuten ernährt, gekleidet und beherbergt werden.

Der Sowjetsektor ist von den übrigen nicht isoliert. Daher dringen der Geist und die Tendenzen, die im englischen, amerikanischen und französischen Sektor vorherrschen, auch hierher. Verwunderlich ist es, mit welcher Aktivität dort

die Antisowjetpropaganda betrieben wird. Sie wird von den mit amerikanischer, englischer und französischer Lizenz erscheinenden Zeitungen durchgeführt. Kräftiger als alle andern legt sich dort die sozialdemokratische Organisation ins Zeug. Ihre Leiter, Kurt Swolinzky und Franz Neumann, lassen in jeder öffentlichen Rede irgendeine Gemeinheit über unser Land vom Stapel.

In der U-Bahn, in der Straßenbahn, beim Schlangestehen spricht man von nichts anderem als von der Kohle. Phantastische Gerüchte, Klatschgeschichten und Neuigkeiten aus den Zeitungen machen die Runde. Die Deutschen murren über die Verbündeten. Man hört z. B., die Russen hätten diesen kalten Winter aus Rußland mitgebracht. Ein hoher Beamter der amerikanischen Kommandantur erklärte einmal in einem Interview, Berlin leide nur deshalb Kohlenmangel, weil die Sowjetverwaltung ihre planmäßigen Lieferungen nicht ausführe. Die Boulevardblätter griffen diese Lüge auf.

Die Sowjetkommandantur veröffentlichte zahlenmäßige Gegenbeweise, aus denen ersichtlich war, daß die Sowjetunion bedeutend mehr Kohle nach Berlin geliefert hat, als im Plan festgelegt war. Die vereinte britisch-amerikanische Zone aber hat ihre Pläne nicht erfüllt, aus dem Ruhrgebiet hat Berlin längere Zeit überhaupt keine Kohle erhalten...

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Admiral Drax' Manöver zu Lande

Der britische Admiral Drax, über dessen kriegerische Heldentaten uns nichts bekannt ist, veröffentlichte in der Zeitschrift „The Army Quarterly“ vom Januar d. J. einen Artikel mit der Überschrift „Einige Probleme des nächsten Krieges“.

Der Verfasser versichert, es müsse in nicht allzu ferner Zukunft zu einem neuen Kriege kommen, und versucht, die kriegführenden Länder, die Ziele und Formen des Krieges, seinen Anfang und seinen Ausgang vorauszubestimmen. Er meint, sein Artikel könne „andere Leute zu neuen Gedankengängen anregen“, was der Leser, der sich den Artikel zu Gemüte führt, übrigens kaum behaupten wird, da er keine neuen Gedanken darin

findet. Im Gegenteil, man findet darin viel alten Unsinn.

Dennoch verdient Drax' Artikel Beachtung. Das Verdienst des Verfassers ist seine Aufrichtigkeit. Wes Churchills Herz voll ist, des geht Drax' Mund über.

Er schreibt:

„Wenn wir also die Eventualität eines Krieges ins Auge fassen, so muß vor allen Dingen der allgemeine Fehler vermieden werden. Vorbereitungen zur Wiederholung des vorigen Krieges mit kleinen Varianten zu treffen.“

Wie sich aus dem Folgenden ergibt, bestand der „allgemeine Fehler“ der Alliierten darin, daß sie sich herausgenommen haben, die Deutschen zu

besiegen, während doch die Deutschen hätten siegen müssen. In seinem ganzen Artikel sagt Drax kein Wort über Deutschlands Niederlage. Er geht dieser Feststellung aus dem Wege und schreibt:

„... Hitler... war dem Erfolg ziemlich nahe, zuerst durch seine See- und Luftangriffe auf unsere Handelsflotte, später durch seine ‚V-1-‘ und ‚V-2-Bomben.‘“

Von den Deutschen sagt er:

„... Es ist ihnen beinahe gelungen, sowohl den ersten als auch den zweiten Weltkrieg zu gewinnen.“

Worin bestand dieses „Ziemlich“ und „Beinahe“, das Hitler an seinem sicheren Siege fehlte? Es bestand in einem Zufall. Nur der Zufall, der die Deutschen die neue „Geheimwaffe“ zu spät herstellen ließ, hat Hitler um seinen Triumph gebracht.

In der Darstellung des britischen Admirals haben also die Verbündeten beinahe eine Niederlage erlitten und die Deutschen beinahe gesiegt.

Diese — mit Verlaub zu sagen — Idee Drax' verblüfft durch ihre Versteiegenheit, neu ist sie aber keineswegs. Hat doch die Hitlerpropaganda bis zum letzten Kriegstage der ganzen Welt zu suggerieren versucht, daß Deutschland siegen wird. Nach der Niederlage Deutschlands haben wir die reumütigen Reden der Hitlergenerale zu hören bekommen. Sie gaben ihre Fehler zu und wälzten die ganze Schuld auf ihren „Führer“ ab. Hitlers „allgemeiner Fehler“ habe darin bestanden, daß er eine unglückliche Hand bewies, indem er über die Sowjetunion herfiel.

In welchem Lichte steht nun dieser britische Admiral da, wenn er auch heute, nach diesem Anschauungsunterricht der Weltgeschichte, der bankrotten deutschen Strategie und Politik die Treue bewahrt und nach wie vor blind an den Fetisch der „Geheimwaffe“ glaubt?

Die ganze Zukunft steht und fällt seiner Ansicht nach mit der Atombombe. Wieder predigt er den überraschenden Überfall und die segensreichen Folgen eines ohne Kriegserklärung begonnenen Krieges. Er spricht sich kategorisch gegen das Verbot der Atomwaffe aus.

Der nächste Krieg, wie Drax ihn schildert, ist ein einfacher Abklatsch des Überfalls der deutschen Faschisten auf die Sowjetunion. Er prophezeit „weite Märsche in Feindesland“, „ständige Aktionen von Partisanen und ‚unterirdischen‘ Kräften“ und fördert im voraus rücksichtslose Grausamkeit gegen die Zivilbevölkerung.

Admiral Drax predigt nicht nur die von den deutschen Faschisten angewandten Formen der Kriegführung, er stellt England auch dieselben Aufgaben, die sich die deutschen Faschisten im Kriege gestellt haben, und schlägt vor, gegen die Sowjetunion zu Felde zu ziehen. Das spricht Admiral Drax ganz offen aus. Er nimmt sich nicht

einmal die Mühe, den Leser darüber aufzuklären, warum das englische Volk gegen das Sowjetvolk kämpfen soll. Er läßt sich nicht durch den Vertrag Englands mit der Sowjetunion beirren, ja, er erwähnt ihn nicht einmal. Admiral Drax gehört zu jener üblen Sorte britischer Politiker, für die dieser Vertrag nur ein Fetzen Papier ist. Seine Äußerungen sind aber nicht das Sonntagsgewäsch eines Hydeparkpredigers, er äußert seine Ansichten in einem autoritativen Organ der britischen Streitkräfte.

Warum aber lechzt Admiral Drax nach einem Krieg gegen die Sowjetunion? Seine kriegerischen Pläne entspringen der Angst. Es schreckt den Admiral, daß England geschwächt ist. Auch früher glaubte er nicht an Englands Stärke, tröstete sich aber mit der Stärke Hitlerdeutschlands. Heute setzt er seine Hoffnungen auf die USA. Sein Traum ist, daß sie den Krieg auf dem europäischen Kontinent beginnen und der englischen Flotte wieder zu ihrer einstigen Größe verhelfen werden. Da er aber auf Erfolge Englands zur See nicht rechnet, veranstaltet er in seiner Phantasie Manöver zu Lande. Seine Phantasie unternimmt „weite Märsche“ auf Sowjetterritorium.

Aber nicht diese phantastischen Probleme eines Phantasiekrieges sind das Wesentliche an Admiral Drax' Äußerungen, die hauptsächlich die Kriegsvorbereitungen betreffen. Die UNO bereitet dem Admiral Kopizerbrechen. Sie steht jenem überraschenden Überfall im Wege, den er als eine Bedingung des Erfolges in seinen Plan einstellt. Hitler hat sich sehr leicht über den Völkerbund hinweggesetzt. Er brauchte ihn nicht, wurde von ihm aber auch nicht behindert. Für den deutschen Faschismus war der Völkerbund Luft. Bei Drax ist die Sache nicht so einfach. Er weiß, daß man die UNO vorläufig nicht kurzerhand abtun kann. Andererseits findet er, man müßte sie zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion ausnutzen. Hier aber beginnen die „Probleme“.

Das wichtigste Problem ist, wer der „wahrscheinliche Aggressor“ sein soll, denn um die Kriegsvorbereitungen und den Überfall zu rechtfertigen, braucht man einen Aggressor. Admiral Drax findet diesen phantasiegeborenen „Aggressor“. Es ist die Sowjetunion. Wie soll man es aber anstellen, daß dieses verrückte Hirngespinnst Glauben findet?

Admiral Drax ist trostlos, denn „leider“ würden im Falle des Kriegsausbruchs „die Völker Rußlands... überzeugt sein, daß England und Amerika allein zu tadeln wären“.

Man begreift unschwer, daß auch alle anderen Völker hiervon überzeugt sein würden. Insbesondere zweifelt Admiral Drax daran, ob es bei den

heutigen politischen Verhältnissen in England möglich sein wird, das englische Volk davon zu überzeugen, daß das Sowjetvolk der wahrscheinliche Aggressor ist. Viele Völker, auch das englische, werden im Gegenteil erraten, daß die Quelle einer wahrscheinlichen Aggression in den Admiral Drax nahestehenden Kreisen zu suchen wäre. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Ist nicht der Artikel des Admirals ein Symptom reger provokatorischer Betätigung derjenigen politischen Kreise Englands und der USA, denen der Sieg über Deutschland eine Enttäuschung war und die Hitlers Werk ohne Hitler fortsetzen möchten?

Zeichnet sich das Bild des „nächsten Krieges“ recht deutlich in der lebhaften Phantasie Admiral Drax' ab, so ist ihm selbst allerdings noch schleierhaft, wie die Kriegsvorbereitungen vor sich gehen sollen. Er sieht folgende Probleme:

„Welche Hilfe können wir im Falle eines Krieges von den anderen vereinten Nationen erwarten und wie prompt wird sie eintreffen?

Welche Dominions werden an unserer Seite kämpfen und welche nicht?...

Ist anzunehmen, daß Indien sich für strikte Neutralität entscheiden wird?

Wird unser Abkommen mit Ägypten uns die Möglichkeit geben, rechtzeitig die für die Sicherheit des Kanals notwendigen Kräfte in die Kanalzone zu befördern? usw.“

Aber wozu denn von Indien sprechen, wo Drax doch in England selbst bei der Vorbereitung seiner Pläne auf ziemlich ernste Schwierigkeiten stößt? Er weiß, daß das englische Volk keinen neuen Krieg will und neue Provokationen nicht gern sieht. Mit unglaublicher Unverschämtheit rechnet Admiral Drax es dem englischen Volk als Schuld an, daß es friedfertig ist und keine feindlichen Gefühle gegen das Sowjetvolk hegt. Er schreibt:

„In Großbritannien sind die Hauptthemen, die die Öffentlichkeit interessieren, Fragen wie die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie und des Verkehrswesens, das Streikrecht, die Lohnerhöhung, die Kürzung des Arbeitstags und die Höhe der Invaliditätsversicherungen. Das sind alles sehr interessante Dinge, aber sie sind verhältnismäßig doch nicht von Interesse, falls eine übermäßige Konzentrierung auf diese Fragen uns rasch dem nächsten Krieg näher bringt... Das Volk Englands, wie kriegsmüde es auch sein mag, besitzt alle nötigen Qualitäten, um die Welt zu führen und zu retten, es ist aber noch nie auf die Dringlichkeit dieses Problems hingewiesen worden. Ist es wahrscheinlich, daß das Problem entsteht? Kann das englische Volk Führer finden, die rechtzeitig zur Stelle sind, die es streng zur Plichterfüllung und zum Durchhalten in schweren Tagen aufrufen und uns auf den Weg zur wahren Sicherheit führen? Ist noch genügend Zeit vorhanden, die riesige Umgestaltung vorzunehmen, die die Zeiten erfordern?“

Aus diesen Worten klingt Hysterie, aber berechnete Hysterie. Sie wird gespielt, um zu der

Schlußfolgerung zu veranlassen, daß England in Friedenszeiten Streitkräfte unterhalten muß, die seinen Streitkräften gegen Ende des zweiten Weltkrieges zahlenmäßig nicht nachstehen. Drax schreibt:

„Die Gesamtstärke der Truppen, mit denen wir den letzten Krieg zu Ende führten, scheint kaum zu groß, um den nächsten zu beginnen... Theoretisch scheint es, daß die in Friedenszeiten unterhaltenen Streitkräfte nicht weit hinter denen zurückbleiben dürfen, die wir brauchen, wenn der Krieg beginnt...“

Admiral Drax tritt somit entschieden gegen die Einschränkung der englischen Streitkräfte auf und verlangt darüber hinaus ihre Verstärkung. Hält man dem die Tatsache entgegen, daß er eine Wirtschaftspolitik entschieden ablehnt, die auf eine Wiederherstellung der Friedenswirtschaft, eine Hebung des Lebensstandards der Werktätigen und eine kulturelle Entwicklung des Landes abzielt, dann erhalten wir die alte, wohlbekannte Formel der Hitlerschen Kriegsvorbereitung: „Kanonen statt Butter“. Kommt dann noch die Forderung hinzu, neue Führer an die Macht zu bringen, die das geschilderte Programm ausführen sollen, so erhalten wir ein komplettes Rezept für die Faschisierung Englands.

Dies ist der „neue Gedanke“, den Admiral Drax zu überlegen gibt. Amüsant ist, daß er vor „alten Fehlern“ warnt, während seine ganze Weisheit nichts anderes als ein „alter Fehler“ ist.

Wir haben gesehen, was Admiral Drax in seinem Programm fordert. Er möchte die Resultate des zweiten Weltkriegs ungeschehen machen und verlangt vom englischen Volk, es solle vergessen, was sich während des Krieges abgespielt hat, es solle sich nicht nur über den Vertrag zwischen England und der Sowjetunion, sondern auch über die freundschaftlichen Beziehungen hinwegsetzen, die der gemeinsame Kampf gegen den gemeinsamen Todfeind zwischen den beiden Völkern hergestellt hat. Er verlangt, dem englischen Volke solle derselbe Haß gegen die friedlichen, freiheitsliebenden Völker eingepflegt werden, der eine Voraussetzung der von den deutschen Faschisten betriebenen Vorbereitungen zu ihrem Raubkriege war.

Admiral Drax rechnet hierbei nicht allein auf die Kräfte der englischen Reaktion. Seine Unverfrorenheit stützt sich auf die Überzeugung, daß das amerikanische Volk sich ebenso betrügen lassen, daß es ebenso zu einem willenlosen Werkzeug in den Händen von Abenteurern werden wird wie das englische. Zu diesem Zweck sollen sowohl in den USA als auch in England alle Spuren der Demokratie beseitigt werden, die gesamte Macht soll sich in den Händen des reaktionären Militärfklüngels konzentrieren.

Dies sind „einige Probleme des nächsten Krieges“, wie die zügellose Phantasie eines beschränkten englischen Reaktionärs sie entwirft. Wir können sie nicht als das Geschwätz eines verantwortungslosen Kannegießers abtun. Vielleicht ist das von Admiral Drax entworfene Bild, wie das englische Volk „weite Märsche“ auf Sowjetterritorien unternimmt, wirklich reif für den „Punch“ oder für eine banale Zirkusfarce. Man kann sich aber Admiral Drax leicht als offizielle Persönlichkeit vorstellen, die, sagen wir einmal, Vollmacht hat, in der britischen Besatzungszone Deutschlands die

Denazifizierung durchzuführen. Schön sähe eine Denazifizierung aus, bei der der Herr Denazifikator mit sich selbst den Anfang machen müßte!

Man braucht den phantastischen Perspektiven nicht zu folgen, die die überhitzte Einbildungskraft eines englischen Admirals für die Zukunft entwirft, darf jedoch die Wirklichkeit nicht aus dem Auge verlieren, in der Leute wie Admiral Drax verantwortliche politische Posten bekleiden und sie dazu ausnutzen, die angestrebte Schaffung eines dauerhaften Friedens zu vereiteln.

D. SASLAWSKI

Unsaubere Operationen Generalleutnant Morgans

Sir Frederic Morgan, britischer Generalleutnant und ehemaliger Leiter der UNRRA-Operationen in Deutschland, ist mit der Liquidierung der UNRRA diesen Posten losgeworden, setzt jedoch nichtsdestoweniger einige seiner Operationen fort. So gab er am 31. März d. J. einem Vertreter des Nachrichtenbüros North American News Agency (abgekürzt NANA) ein Interview.

Wenn sich der NANA-Korrespondent für die Tätigkeit der UNRRA in Deutschland interessiert, so ist das nicht weiter verwunderlich, da der Öffentlichkeit durchaus nicht alles über diese Tätigkeit klar ist. Aber gerade über diese Dinge hat Sir Frederic Morgan sich auszuschweigen beliebt. Mit keinem Wort erwähnte er, was die UNRRA in Deutschland geleistet hat. Statt dessen teilte er dem NANA-Korrespondenten als Bombensensation mit, die Vertreter der Sowjetunion in der UNRRA hätten Spionage getrieben.

General Morgan trug seine Feststellung mit einer leichten dramatischen Steigerung vor und erzählte, der amerikanische und englische Nachrichtendienst hätten einen Teil der Sowjetspione „herausgefischt“. Wie ihm bekannt, sei „die Lage aber noch immer ernst“.

Der General hat nicht näher angegeben, für wen und in welchem Sinne die Lage als ernst zu bezeichnen ist. Unserer Ansicht nach besteht die Gefahr vor allem für den Leser der von der NANA verbreiteten Neuigkeiten, den der General durch seine böswilligen Verleumdungen irreführen will. Zum Glück hat aber Sir Frederic Morgan sich am Ende seines Interviews eine Fahrlässigkeit geleistet, die diese Gefahr wiederaufhebt und seine Behauptung vollends als Verleumdung entlarvt.

Um seinen Worten mehr Nachdruck zu verleihen, erklärte General Morgan, er habe bereits vorigen Sommer versucht, die Aufmerksamkeit des UNRRA-Direktors La Guardia auf die „Sowjetagenten“ zu lenken. La Guardia habe jedoch Belege verlangt und gebeten, ihm die Quelle seiner Informationen mitzuteilen. Da aber die Phantasie eines englischen Generals nicht als Quellenangabe, und sein Finger, aus dem er sich die Informationen saugt, nicht als Dokument dienen kann, so lehnte La Guardia es ab, sich in die unsauberen Operationen Morgans einzumischen.

Nach diesem mißlungenen Versuch, eine „Sowjetspionageaffäre in der UNRRA“ zu fabrizieren, behielt General Morgan seine Geheimnisse fast ein Jahr lang für sich, bis er dann in der NANA einen Abnehmer dafür fand. Mit der Wahllosigkeit vieler amerikanischer Sensationslieferanten hat die Agentur seine unverschämte Lüge weiterverbreitet.

General Morgans Interview haben bereits einige amerikanische Zeitungen, z. B. die „New York Times“ und „Daily Telegraph and Morning Post“, abgedruckt. Möglich, daß auch andere Zeitungen, die gern jede beliebige Verleumdung über die Sowjetunion verbreiten, sie aufgreifen werden. Das ist wieder einmal ein Dickschädel aus dem Antisowjetsumpf, der in die Welt hinausfliegt und von dem natürlich erhofft wird, es werde doch irgend etwas hängenbleiben...

Der Held eines Stücks von Bernard Shaw, ein unternehmender Geschäftsmann, verrät das Geheimnis seines unglaublichen Erfolges und gibt in einer Minute der Offenheit zu, daß er nicht allzuviel von seinen eigenen Maschinen, dafür aber um so mehr davon versteht, wie man Sand

aus Getriebe fremder Maschinen schüttet. Hierauf baut er nicht nur seine ganze geschäftliche, sondern auch seine politische Karriere auf.

General Morgan möchte nach dem Rezept dieses Geschäftsmanns politische Karriere machen. Er vergißt nur, daß die politischen Sitten, die Bernard Shaw vor Jahren in seiner beißenden Satire auf die britische Gesellschaft verlacht hat, heute nicht mehr geduldet werden können, zu einer Zeit, wo die Völker der demokratischen Länder in der ehrlichen internationalen Zusammenarbeit der Mächte den Weg zu einem dauerhaften Frieden erblicken.

Man könnte die Operationen General Morgans für einen schlechten Witz halten, hätte der General nicht in einem so bedeutenden internationalen Organ, wie die UNRRA es war, einen verant-

wortungsvollen Posten bekleidet. Die böswilligen Verleumdungen, die er jetzt verbreitet, hat er, wie er selbst zugibt, auch schon früher zu lancieren versucht. Folglich war dieser verantwortliche Vertreter Großbritanniens, als er mit den Vertretern der Sowjetunion an einem Tisch saß, am allerwenigsten auf ehrliche Zusammenarbeit bedacht, sein Denken war vielmehr vor allem darauf gerichtet, schmutzige Verleumdungen gegen diejenigen loszulassen, mit denen er gemeinsam eine wichtige Arbeit zu vollbringen hatte. Daß sich Leute wie Morgan in Körperschaften finden, die die Aufgaben der UNO zu verwirklichen berufen sind, trägt zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Festigung der internationalen Zusammenarbeit nur sehr wenig bei.

N. SERGEJEW

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Die Memoiren Nomuras

E. RODOW

IN LETZTER ZEIT haben japanische Politiker, Staatsmänner und Diplomaten begonnen, fleißig Memoiren zu veröffentlichen. Das ist jetzt Mode und deshalb bemerkenswert, weil bekanntlich früher in Japan fast überhaupt keine derartige Literatur existierte.

Aber die Zeiten ändern sich. Im Jahre 1945, kurz nach der Kapitulation Japans, gab Fürst Konoe, der dreimal Ministerpräsident war, seine Memoiren heraus. In der zweiten Hälfte 1946 erschien in Tokio ein neuer Band Memoiren, die „Erinnerungen an die japanisch-amerikanischen Verhandlungen während meiner Mission in Amerika“ von Admiral Kichisaburo Nomura. Nomura war 1939 im Abekabinett Außenminister, dann bis zum 7. Dezember 1941, d. h. bis zum Überfall der Japaner auf Pearl Harbour und bis zum Anfang des Krieges im Pazifikraum, japanischer Botschafter in Washington.

Zum Unterschied von den Memoiren Konoos, in denen der Schreiber sich selbst rehabilitieren wollte, hat Nomura sich offenbar eine weitgehendere Aufgabe gestellt. Er will nicht nur sich

selbst reinwaschen — Nomura steht nicht unter Anklage —, sondern auch eine Reihe anderer Personen, die ganz sonderbarerweise nicht die Anklagebank des Internationalen Kriegstribunals zieren, das über die japanischen Hauptkriegsverbrecher zu Gericht sitzt.

Obwohl die Memoiren Nomuras in japanischer und nicht in englischer Sprache geschrieben sind, die Nomura ebenfalls gut genug beherrscht, sind sie selbstverständlich vor allem für die Amerikaner bestimmt.

Seinen Erinnerungen schickt Nomura drei persönlich an ihn gerichtete Briefe des Präsidenten Roosevelt voraus, die vom 6. November 1929, vom 26. Januar 1933 und vom 6. April 1937 datiert sind. Diese Briefe sollen wohl bezeugen, daß Nomura mit Roosevelt „befreundet“ gewesen ist, sie sollen dem amerikanischen Leser Vertrauen zum Verfasser einflößen. Liest man diese Briefe, so sieht man jedoch, daß sie den Rahmen formaler diplomatischer Höflichkeiten nicht überschreiten.

Im Vorwort schreibt Nomura, er mache es sich in seinen Memoiren zur Aufgabe, viele Ereignisse der Vorkriegszeit zu beleuchten. Die ersten Zeilen verraten aber schon, was er wirk-

* Kichisaburo Nomura. Beikoku ni Shishite Nichibei Koshu no Kaiko. Verlag Iwanami Shoten, Tokio 1946.

lich bezweckt. Im Widerspruch zu den weit und breit bekannten Tatsachen beginnt Nomura gleich mit der Behauptung, die japanische Regierung habe beim Abschluß des Dreimächtevertrags vom September 1940 die Abwendung des Krieges mit den USA und die Regelung der Beziehungen zwischen Japan und Amerika im Auge gehabt.

In dem Kapitel „Wie ich zum Botschafter in Amerika ernannt wurde“ schildert der Verfasser ausführlich seine Verhandlungen mit der Konoeregierung, die, wie Nomura zugibt, „Kurs auf die Stärkung der Achse genommen hatte, was mit einer politischen Regelung der Beziehungen zu den USA unvereinbar war“. Er habe daher den ihm von Außenminister Matsuoka angetragenen Posten eines Botschafters in den USA lange und hartnäckig abgelehnt. Er sandte sogar „Denkschriften“ an Kono und Matsuoka, willigte aber schließlich doch ein, den Posten zu übernehmen.

Nomura verließ Tokio am 23. Januar 1941. Seine Mission basierte auf dem aggressiven Kurs, den die regierende Clique Japans verfolgte. Der japanische Imperialismus wollte schon lange einen Krieg im Pazifikraum entfesseln. Damals aber brauchte der Aggressor noch etwas Zeit zur Vorbereitung der Kriegshandlungen gegen die USA. Um nun diese Vorbereitungen zu tarnen, wurde Nomura zum japanischen Botschafter in Washington ernannt, nachdem man ihn schon lange vorher für einen auf England und Amerika orientierten Politiker, einen Anhänger der Freundschaft zwischen Japan und den USA ausgegeben hatte.

Nomura fuhr nach Washington hauptsächlich als Vertrauensmann der japanischen Flotte, die sich zur Aggression im Pazifikraum anschickte. Liest man die Memoiren, so bekommt man den ganz bestimmten Eindruck, daß bei der Aufstellung seiner Kandidatur der japanischen Admiralität die Initiative gehörte. Mit ihr unterhielt Nomura sowohl während der Verhandlungen über seine Ernennung als auch von Washington aus engste Verbindungen.

* * *

Am 14. März 1941 traf Nomura mit Roosevelt und Hull zusammen. Die erste Unterredung war allgemeiner Natur, aber auch in ihr gab es bemerkenswerte Momente. Nomura wollte seine Gesprächspartner dadurch unter Druck setzen, daß er ihnen von der grandiosen Macht der japanischen Kriegsmarine erzählte. Er suchte nachzuweisen, daß „die USA nicht auf zwei Ozeanen kämpfen können“.

Nomura wirft während seiner Verhandlungen in Washington auch das Argument der „roten Gefahr“ in die Waagschale. Ganz unmißverständlich spielt er darauf an, daß

„im Falle eines Sieges der USA im Pazifikkrieg der Ferne Osten seinen stabilisierenden Faktor verliert... (gemeint ist Japan). Das wird zu einer Ausdehnung des Einflusses der UdSSR und zu einer Wiederholung der Expansion führen, die das zaristische Rußland im Fernen Osten unternommen hat. In diesem Fall entsteht die Gefahr einer Bolschewisierung Chinas und des ganzen Fernen Ostens, was auch für Amerika äußerst unerwünscht wäre. Andererseits droht ein lang anhaltender Krieg sowohl den Siegern als auch den Besiegten mit einer sozialen Revolution oder etwas Ähnlichem, wie das Beispiel des ersten Weltkrieges gezeigt hat.“

Anscheinend hat der japanische Botschafter mit diesen Argumenten nichts ausgerichtet. Seine Gesprächspartner interessierten sich viel mehr für den Dreimächtepakt. Der japanische Botschafter behauptete, dieser Pakt sei eine zu friedlichen Zwecken ergriffene Präventivmaßnahme Japans gewesen.

Am 11. Mai traf Nomura mit Hull zusammen. Man sprach hauptsächlich über China sowie über die Forderung einer Abberufung der japanischen Truppen aus China. Nomura gab irgendwelche schleierhaften Versprechungen und versicherte Hull, das Vorrücken der japanischen Truppen im Süden trage „friedlichen Charakter“. Dann griff er wieder zu der beliebten Tarnung der japanischen Aggression und berief sich auf die „bolschewistische Gefahr“.

Interessant für den Leser ist ferner das Zusammentreffen Nomuras mit Roosevelt am 24. Juli. Es fand im Beisein Sumner Welles, des stellvertretenden Staatssekretärs, und Admiral Starks, des Chefs für Marineoperationen, statt. Im Mittelpunkt der anscheinend ziemlich scharfen Diskussion stand die japanische Invasion in Südindochina. Nomura versicherte seinen Gesprächspartnern, Japan hege friedliche Absichten. Dem „lächelnden Botschafter“, wie die Amerikaner ihn nannten, kam aber in diesem Augenblick offensichtlich sein Humor abhanden. Er suchte Roosevelt davon zu überzeugen, daß die Japaner „nur dann zu den Waffen greifen, wenn das absolut unvermeidlich ist“, und daß „Japan sein Schwert nur für die gerechte Sache aus der Scheide“ ziehe.

Man kann sich leicht vorstellen, welchen Eindruck diese Argumente auf den Präsidenten gemacht haben. Am Tage nach diesem Zusammentreffen, dem 25. Juli, wurde die Verfügung Roosevelts veröffentlicht, die japanischen Guthaben in den USA zu sperren.

Der 4. August 1941 kam heran. Die Aufzeichnungen dieses Tages könnten den Titel tragen: „Nomura verlangt Verstärkung“. Sie verdienen hier ausführlich zitiert zu werden:

„Gestern (Sonntag) erörterten alle Zeitungen detailliert die Beziehungen zwischen Japan und Amerika und sprachen sich im allgemeinen für einen festen Standpunkt aus. Von vielen Seiten äußert man sich ebenfalls zugunsten einer festen Linie im Hinblick auf Japan, hier und da vertritt man aber auch die Ansicht, daß man nicht alle Brücken abbrechen dürfe. Im Augenblick stehen die Beziehungen Japans zu den USA mehr im Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit als die Beziehungen Deutschlands zu den USA... Die Situation ändert sich sehr schnell, es bleibt kaum Zeit, Berichte niederschreiben. Außerdem könnte mir bei meinen begrenzten Möglichkeiten ein unverzeihlicher Fehler unterlaufen. Es wäre daher wünschenswert, wenn mir unverzüglich, und sei es auch nur für eine gewisse Zeit, ein so erfahrener Diplomat wie Kurusu als Mitarbeiter hergeschickt würde.“

Diese Eintragung war natürlich speziell gemacht worden, um eine Tatsache zu widerlegen, die jetzt als bewiesen angesehen werden kann, nämlich daß Kurusu Tokio mit der Sondermission verließ, die Verhandlungen um weitere zwei bis drei Wochen in die Länge zu ziehen, damit der Admiralstab den beschlossenen militärischen Überfall auf die USA am festgesetzten Tage ausführen konnte.

Am 7. August sandte Nomura ein Telegramm an den neuen Außenminister Toyoda:

„Es gehen Gerüchte um, Roosevelt sei zusammen mit Armee- und Flottenchefs abgereist, um sich mit Churchill zu treffen.“*

Der japanische Botschafter war ausgezeichnet informiert, obwohl diese Reise bekanntlich sehr geheimgehalten wurde.

Die Beziehungen der Sowjetunion zu den USA verursachten Nomura keinen geringen Kummer. In seiner Unterredung mit Hull vom 23. August äußert er sein Mißvergnügen über die Abfertigung amerikanischer Schiffe nach Wladiwostok mit Frachten für die Sowjetunion.

Am 16. Oktober fand ein nicht uninteressantes Zusammentreffen Nomuras mit Lord Halifax, dem britischen Botschafter in Washington, statt. Das Gespräch begann mit folgender Erklärung Nomuras:

„... Japan hält es nach vierjährigem Krieg mit China, ohne Annexionen noch Kontributionen zu fordern, für notwendig, an bestimmten Punkten Chinas Truppen zu haben. Dies ist Japans Minimalforderung.“

Weiterhin stellt er die Frage nach einem zeitweiligen Modus vivendi und droht schließlich:

* Roosevelt befand sich damals im Pazifikraum. B. R.

„Die Amerikaner glauben manchmal, daß man mit der japanischen Flotte schnell fertig werden kann: die Traditionen der japanischen Flotte zeigen jedoch, daß das ein unglaublicher Fehlschluß ist.“

Am 18. Oktober erhält der Verfasser der Memoiren die Nachricht von der Bildung des Tojo-Kabinetts, das, wie Nomura wissen mußte, ein Kriegskabinet war. In seinem Telegramm vom 4. November teilt Nomura jedoch nach Tokio mit: „Die Amerikaner blicken im allgemeinen optimistisch in die Zukunft“, und schließt mit folgenden bemerkenswerten Worten:

„... die Militärkreise aber teilen diesen Optimismus nicht, sie begreifen, wie schwer ein Pazifikkrieg sein wird.“

Ein solches Telegramm aus Washington konnte die Clique der Kriegsbrandstifter natürlich nur ermutigen.

Am 2. Dezember, als sich die japanische Flotte bereits Hawaii näherte und Befehl hatte, Pearl Harbour anzugreifen, trug Nomura die pharisäische Erklärung in sein Tagebuch ein, die er Pressevertretern abgeben hatte:

„Ich kann nicht glauben, daß irgend jemand den Krieg wünscht...“

* * *

Der Verfasser der Memoiren verschweigt einige wichtige Ereignisse der geschilderten Zeit, darunter vor allem den wortbrüchigen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941. Ebenso bleiben unerwähnt der Rücktritt Matsuokas, der Sturz des Konoekabinetts, der Machtantritt Tojos, die unter dem Vorsitz des Kaisers abgehaltenen Tokioer Konferenzen vom 2. Juli und 6. September.

Der Verfasser geht einer Schilderung dieser wichtigen Ereignisse unverkennbar aus dem Wege. Seine Memoiren wirken wie eine „Ausgangskladde“, da er hauptsächlich wiedergibt, was er nach Tokio abschickte, nicht aber, was aus Tokio bei ihm einging. Diese Einseitigkeit des Buches ist natürlich kein Zufall. Wenn die Memoiren aber doch Licht in die Ereignisse vor dem Pazifikkrieg bringen, so ist das nicht dem Verfasser zu danken, sondern es geschieht entgegen seinen Absichten.

Trotz der Beteuerung seiner angeblichen Friedensliebe und „Mäßigung“ erkennt man leicht die wahren Absichten des Verfassers der Memoiren, die kurz nach der Eröffnung der Gerichtsverhandlungen vor dem Internationalen Kriegstribunal in Tokio herausgegeben wurden. Nomuras Memoiren sollen außer dem bereits erwähnten Zweck vor allem auch den japanischen und amerikanischen Reaktionären helfen, die die Arbeit

des internationalen Tribunals vereiteln oder doch zumindest aufhalten wollen.

Nomura will durch seine Memoiren und durch die tendenziöse Auslegung der historischen Ereignisse alle diejenigen inspirieren, die eine Amnestie für die japanischen Kriegsverbrecher und noch besser die Reinwaschung der ganzen Clique von Aggressoren und Kriegsbrandstiftern herbeiwünschen.

Nomura und seine Gesinnungsgenossen haben ihre Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des japanischen Imperialismus nicht aufgegeben. In diesem Sinne ist das Nachwort des Verfassers von Interesse. Er trägt dem Zeitgeist Rechnung und schreibt über „den Aufbau eines neuen Japans“. In Wirklichkeit aber erhofft er etwas ganz anderes.

Er rechnet auf eine Wiedergeburt des japanischen Imperialismus, dem Admiral Nomura sein ganzes Leben lang treu gedient hat. Der Verfasser der Memoiren rechnet mit einer künftigen

Unterstützung von seiten gewisser Kreise der USA, wo er übrigens gute Beziehungen, besonders zu Marinekreisen unterhielt. Das letzte Kapitel trägt auch die Überschrift: „Meine Bekannten — amerikanische Admirale“. Es schildert die Beziehungen Nomuras zu Admiralen, die führende Posten in der amerikanischen Flotte innehatten (und teilweise noch heute innehaben). Aber auch außerhalb der Flotte besitzen Nomura und seine Gesinnungsgenossen in den USA nicht wenig einflußreiche Gönner, die in Japan dieselbe Clique an der Macht sehen möchten, die auch vor dem Krieg am Ruder war, um durch sie die Aufträge der amerikanischen Industrie- und Bankmonopole ausführen zu lassen. In seinen sowjetfeindlichen Ausfällen, in seinen Warnungen vor der „Sowjetexpansion“ und ähnlichem Unsinn, von dem es in den Memoiren wimmelt, redet Nomura gewissermaßen diesen Gönnern nach dem Munde. Sie stehen einer wahren Demokratisierung Japans ebenso feindselig gegenüber wie Nomura selbst.

1. April

K. K. Rodionow, der Sowjetgesandte in Griechenland, überreicht dem griechischen Außenministerium eine Note, in der die Regierung Griechenlands für die in griechischen Zeitungen veröffentlichten sowjetfeindlichen Falschmeldungen verantwortlich gemacht wird.

Beginn des vom Kongreß der Industrieverbände (CIO) in den USA eingeleiteten Monats zur Verteidigung der Arbeiterrechte.

Das englische Unterhaus stimmt dem Gesetzentwurf über die Verlängerung der allgemeinen Militärdienstpflicht in Großbritannien zu.

Der amerikanische Vertreter in der Washingtoner Fernostkommission erklärt, daß die USA Regierung, ohne einen Beschluß der Kommission abzuwarten, General MacArthur erlaubt habe, an die Philippinen, China, Holland und Großbritannien Lieferungen von Industriematerialien a conto der japanischen Reparationen abzufertigen.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

April 1947

2. April

Die Sicherheitsratskommission zur Untersuchung der Lage in den nördlichen Grenzgebieten Griechenlands beendet ihre Tätigkeit in Jugoslawien.

Der Sicherheitsrat genehmigt nach Annahme zweier von der Sowjetdelegation beantragter Änderungen den amerikanischen Abkommensentwurf, demzufolge die ehemaligen japanischen Mandatsinseln unter die Vormundschaft der USA gestellt werden.

Abschluß der Interasiatischen Konferenz in Delhi. Die Konferenz gründet eine ständige Organisation zwecks Ausbaus der Verbindungen zwischen den Ländern Asiens

und wählt Dschawaharlal Nehru zu ihrem Vorsitzenden.

3. April

Aussprache in der Sitzung des Außenministerrats über den Bericht des Sonderausschusses, der für die Erörterung der Anträge zu einigen Abschnitten des Berichts des Kontrollrats für Deutschland eingesetzt wurde.

Eintägiger Generalstreik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet (britische Besatzungszone) gegen die schlechte Lebensmittelversorgung.

4. April

Die Delegation der Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR trifft nach ihrer Reise durch verschiedene Städte Englands in der schottischen Hauptstadt Edinburgh ein.

In Rom trifft eine sowjetische Frauendelegation unter Führung von W. A. Fomina ein.

Zur Begrüßung der in Japan eingetroffenen Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften findet in Tokio ein von 200 000 Personen besuchtes Meeting statt.

5. April

Das rumänische Parlament ernannt Generalissimus J. W. Stalin zum Ehrenbürger von Rumänien.

Aussprache im Außenministerrat über den Bericht des Koordinationskomitees betreffend die Form und den Wirkungsbereich der provisorischen politischen Organisation Deutschlands.

Die Sowjetpresse veröffentlicht die Antworten W. M. Molotows auf die ihm von dem amerikanischen Journalisten Johannes Steel gestellten Fragen.

Anläßlich des zweiten Jahrestages der Befreiung Ungarns von den deutschen Okkupanten wird in Budapest ein Denkmal für die im Kampfe um die Befreiung Ungarns gefallenen Soldaten der Sowjetarmee enthüllt.

In Amsterdam wird die holländische Gesellschaft „Niederlande-UdSSR“ gegründet.

Zusammenkunft der Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften mit 200 japanischen Gewerkschaftsführern in Tokio.

Zum erstenmal in der Geschichte Japans finden dort Wahlen zu den örtlichen Verwaltungsorganen statt.

6. April

Veröffentlichung einer Mitteilung über die auf Anweisung der Sowjetregierung erfolgte Abreise von

K. K. Rodionow, dem Sowjetgesandten in Griechenland, aus Athen nach Moskau.

7. April

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Bericht des Koordinationskomitees betreffend die Form und den Wirkungsbereich der provisorischen politischen Organisation Deutschlands.

Veröffentlichung einer Meldung betr. den Briefwechsel zwischen W. M. Molotow und G. Marshall über den Austausch von Informationen in bezug auf die Erfüllung des Moskauer Chinaabkommens.

A. A. Gromyko gibt im Sicherheitsrat eine Erklärung ab, in der die von den USA bezüglich Griechenlands und der Türkei getroffenen Maßnahmen verurteilt werden.

Beginn eines neuen Bergarbeiterstreiks in den USA. Die 400 000 Ausständigen fordern Sicherheitsmaßnahmen für die Grubenarbeit. Ferner treten, zum erstenmal in der Geschichte der USA, die Telefonarbeiter des ganzen Landes in den Lohnstreik.

Die griechische Regierung verpachtet auf 50 Jahre die thrakische Bleigewinnung an die amerikanische Gesellschaft Mines Incorporated.

8. April

Aussprache im Außenministerrat über den Bericht des Koordinationskomitees betr. die Abgrenzung der Vollmachten zwischen der künftigen provisorischen Zentralregierung

Deutschlands und den Länderregierungen, sowie über den Bericht des Interalliierten Reparationsbüros.

Im Staate Neuyork wird ein Gesetz gegen die Kommunistische Partei angenommen, das die Registrierung aller ihrer Mitglieder bei den Regierungsbehörden verlangt.

Tod des Automobilfabrikanten Henry Ford in Detroit.

9. April

J. W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, empfängt Harold Stassen, ein namhaftes Mitglied der Republikanischen Partei der USA.

Aussprache im Außenministerrat über den Bericht der Sonderbeauftragten der Außenminister für die deutsche Frage betr. die Ansichten der Regierungen der verbündeten Länder über den Friedensvertrag mit Deutschland. Die Minister beginnen mit der Prüfung der grundlegenden Direktiven für die Vorbereitung des Friedensvertrags einschl. der Grenzfrage, der Frage des Ruhrgebiets, der Rheinlande u. a.

In Moskau trifft eine jugoslawische Handelsdelegation unter Führung des stellvertretenden Außenhandelsministers B. Crnobrnja ein.

Beginn des Prozesses gegen Hitlers Finanzminister Schacht in Stuttgart. Dem vom Internationalen Kriegstribunal in Nürnberg freigesprochenen Schacht wird von den deutschen Behörden auf Grund der Denazifizierungsbestimmungen der Prozeß gemacht.

VERLAGS ANZEIGEN

VERLAG „DER SOWJETSCHRIFTSTELLER“

Neuerscheinungen in der Serie

„Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur 1917–1947“ (zum 30. Jahrestag der Sowjetmacht)

- P. BASHOW — *Die Malachitschatulle*. 410 S., Rbl. 14,—
Sagen aus dem Ural.
- S. BORODIN — *Dmitri Donskoi*. 376 S., Rbl. 13,50
Historischer Roman.
- W. WASILEWSKA — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Polnischen von I. Ussijewitsch. 320 S., Rbl. 13,—
Inhalt: „Der Regenbogen“; „Einfach Liebe“.
- A. GAIDAR — *Ausgewählte Werke*. 492 S., Rbl. 16,50
Inhalt: „Die Schule“; „R. K. R.“; „Ein militärisches Geheimnis“; „Ferne Länder“; „Tschuk und Gek“; „Timur und sein Kommando“.
- S. GOLUBOW — *Bagratiön*. 344 S., Rbl. 11,50
Historische Erzählung aus der Zeit des Vaterländischen Krieges von 1812.
- B. GORBATOW — *Ausgewählte Werke*. 396 S., Rbl. 15,—
Inhalt: „Alltag der Arktis“; „Die Unbeugsamen“.
- MAXIM GORKI — *Das Leben des Klim Samgin (Vierzig Jahre)*. Erzählung.
Band I: 524 S., Rbl. 17,—
" II: 624 " " 20,—
- M. ISAKOWSKI — *Ausgewählte Gedichte*. 328 S., Rbl. 13,—
- W. KATAJEW — *Novellen und Erzählungen*. 624 S., Rbl. 20,—
Inhalt: „Es blinkt ein einsam Segel“; „Zeit, voran!“; „Die Flagge“; „Vater unser“ u. a. Erzählungen und Märchen.
- N. OSTROWSKI — *Wie der Stahl gehärtet wurde*. Roman in zwei Teilen. 358 S., Rbl. 13,—
- A. SERAFIMOWITSCH — *Der eiserne Strom*. 168 S., Rbl. 7,—
- A. SURKOW — *Ausgewählte Gedichte*. 296 S., Rbl. 10,—
- A. TWARDOWSKI — *Poeme*. 328 S., Rbl. 20,—
Inhalt: „Das Land Murawia“; „Wassili Tjorkin“; „Das Haus am Wege“.
- A. FADEJEW — *Die Neunzehn. Die junge Garde*. 710 S., Rbl. 24,—
- D. FURMANOW — *Tschapajew*. 280 S., Rbl. 9,50
- W. SCHISCHKOW — *Ausgewählte Werke*. 580 S., Rbl. 20,—
Novellen und Erzählungen.
- M. SCHOLOCHOW — *Der stille Don*. Roman.
Band I: 388 S., Rbl. 14,—
" II: 376 " " 14,—
" III: 412 " " 15,—
" IV: 482 " " 17,—

STAATSVERLAG FÜR KINDERLITERATUR DES MINISTERIUMS FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

- N. W. GOGOL — *Taras Bulba*. Erzählung. Mit Stein drucken von J. Kibrik. 158 S., Rbl. 20,—
- S. GRIGORJEW — *Der Sieg des Meeres*. Erzählung von den Kinderjahren des Admirals S. O. Makarow. In zwei Ausgaben. (In der Serie „Neue Bücher für Kinder“.) 72 S., Rbl. 3,—
- B. M. SAWADOWSKI — *Die chemischen Regulatoren der Lebensprozesse. (Vitamine und Hormone.)* Mit Illustrationen. (In der Serie „Wissenschaftler schreiben für Schüler“.) 48 S., Rbl. 1,50
- W. INBER — *Gedichte*. Auswahl für Kinder. Mit Illustrationen von W. Gorjajew. (In der Serie „Buch für Buch“.) 48 S., Rbl. 1,—
- ARTHUR CONAN DOYLE — *Die verlorene Welt*. Aus dem Englischen von N. Wolshina. (In der Serie „Bibliothek der Abenteuer“.) 288 S., Rbl. 9,—
- W. KOSTYLJOW — *Andrej Tschochow*. 160 S., Rbl. 5,50
Historische Erzählung aus der Zeit des livländischen Krieges.
- M. MURATOW — *Der fremde Gast*. Mit Zeichnungen von N. Wyscheslawzew. 64 S., Rbl. 1,50
Historische Erzählung aus der Zeit Iwan Grosnys.
- K. PAUSTOWSKI — *Längst vergangene Jahre*. Erzählung über Kindheit und Jugendzeit. 332 S., Rbl. 9,—
- I. S. TURGENJEW — *Aus dem Tagebuch eines Jägers*. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 176 S., Rbl. 3,—
- M. EGART — *Vorwärts, Kapitäne!* Erzählung. Mit Illustrationen von S. Boim. 208 S., Rbl. 7,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES OFFENT-
LICHEN LEBENS.